

Instrumente dorthin zurückzuführen und der chinesischen Regierung zur Verfügung zu stellen. Ferner beschloß die Fraktion, bei demselben Staatsrat die Vorgänge in Südafrika zur Sprache zu bringen.

Wie schon gestern gemeldet wurde, hat der Abg. Frhr. v. Heyl der „Frankf. Ztg.“ mitgeteilt, daß die von ihr veröffentlichte Nachricht, die nationalliberale Fraktion habe ihm nahegelegt, aus der Zolltarif-Kommission auszuscheiden, unwar ist. Die Tatsache, daß der genannte Abgeordnete aus der Kommission ausgeschiedet wird, nach der „Nat. Ztg.“, durch diese Mitteilung nicht berührt. Daß der schon vor längerer Zeit angekündigte Austritt noch nicht erfolgt ist, lag, dem genannten Blatte zufolge, nur daran, daß Frhr. v. Heyl die Beratung der von ihm zu §§ 8 und 9 des Zolltarifgesetzes gestellten Anträge abwarten wollte. Nach Beendigung der Debatte über diese Punkte tritt der Abg. Sieg an seine Stelle.

Der „Vorwärts“ teilt mit, daß gegen seinen verantwortlichen Redakteur Leib wegen Veröffentlichung des Erlasses des Reichsmarineamts vom 6. Januar das Verfahren wegen Hülerei eröffnet worden sei.

Die nächste Tagung der internationalen Konferenz für Vereinheitlichung des Seerechts wird am 25., 26. und 27. September d. J. in Hamburg stattfinden. Der Zeitpunkt wurde im Einvernehmen mit dem Senat der Stadt Hamburg gewählt, der im Verein mit der Deutschen Vereinigung für Seerecht der Versammlung einen gastlichen Empfang bereiten wird. Zur Beratung stehen: Internationales Recht über Zusammenstöße, Hilfeleistung und Hypothekeneisen (Beleibung von Schiffen).

Brennlicher Landtag. Abgeordnetenhause. 20. Sitzung vom 5. Februar. 11 Uhr. Der Gesetzentwurf betreffend die Heranziehung zu den Kreisabgaben steht zur 1. Lesung. — Der Gesetzentwurf entspricht einem früher in der Gemeindefinanzkommission gefaßten Beschlusse, die Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu den Kreislasten heranzuziehen. Abg. Hausmann (natl.) ist mit der Vorlage einverstanden. Abg. Winkler (son.) wünscht Prüfung des Entwurfs durch die Gemeindefinanzkommission, ebenso Abg. Zehnhoff (fr.). Abg. Ergrger-Bromberg (fr. Sp.) hat erhebliche Bedenken gegen den in der Begründung aufgestellten Grundged., die Gesellschaften mit beschränkter Haftung ebenso zu behandeln, wie die offenen Handelsgesellschaften; das widerstreite den Grundgeden der neueren Rechtspflege. Die Vorlage geht hierauf an die Gemeindefinanzkommission. Es folgt die Fortsetzung der Spezialberatung des Handels- und Gewerbeabts bei dem Titel „Ministerergänzung“ und über die dazu vorliegenden Anträge Felsch (son.) und Hise (B.) betreffend Beschäftigungsbildung durch geprüfte Meister, sowie über den Antrag Felsch (fr.). Abg. Hagenberg (B.) regt den Erlass eines Wählergesetzes an. Minister Müller erwidert, daß er gerne bereit sei, alles zur Förderung der Angelegenheit zu tun. Die Sache gehe aber eigentlich zum Berg-, Hütten- und Salinenat. Abg. Schmidt (B.) wünscht Einschränkungen gegen betrügerische Klagen, worauf Minister Müller bemerkt, wo es möglich sei, bekämpfe er betrügerische Warenfälschungen. Auf eine Anfrage des Abg. Cagenbach (B.) bemerkt Minister Müller, er habe sich bemüht, die Umwandlung des Instituts der Metallen der Kaufmannschaft in eine Handelskammer durch eine freiwillige Entfaltung der Metallen herbeizuführen; erst als sich dieser Weg ungangbar erwies, habe er von dem Handelskammergesetz Gebrauch gemacht und die Bildung der Handelskammer angeordnet. Abg. Reichardt (natl.) fragt nach den Ergebnissen der Warenhaussteuer und nach dem Stande des Wählergesetzes. Minister Müller erwidert, die erste habe im ersten Jahre nur 675000 M. eingebracht, keine aber weiter entwicklungsfähig. Der Wählergesetzentwurf liegt bereits dem Bundesrat vor. Abg. Camp (freisinn.) empfindet dem Minister die Förderung der Berg- und Hüttenindustrie, etwa durch einen Preisnachlass für Kohlen, sehr. Das Handelskammergesetz passe nicht für Berlin, und man werde sich hüten müssen, es so zu ändern, daß es etwa nur für Berlin passe. Minister Müller meint, man solle es nur vorläufig mit dem bestehenden Handelskammergesetz versuchen; gebe es nicht, so habe er, der Minister, das Recht, die Kammer aufzulösen und an eine Spezialgesetzgebung für Berlin zu gehen. Zu einer Unterstützung der Berg- und Hüttenindustrie in der hier angeregten Weise könne die Regierung sich nicht entschließen. Abg. Wegner (B.) befragt die Anträge seiner Partei. Abg. Goldschmidt (fr. Sp.) befragt sie, empfiehlt Berücksichtigung der heimischen Berg- und Hüttenindustrie und Umwandlung der Silberarbeiterschaft in der Porzellanmanufaktur in feste Lohnarbeit. Minister Müller bezeichnet in diesem Falle den Stücklohn als unentbehrlich. Der Antrag Felsch wird mit dem Antrag v. Hise beiläufig angenommen; weiter wird angenommen der zweite Teil des Antrags Hise auf Einführung des Beschäftigungsnachweises für das Gewerbe. Es folgt das Kapitel „Handels- und Gewerbeverwaltung“. Hierzu liegt vor ein Antrag Trimborn (B.), die Regierung wolle 1. für die Zwecke der Gewerbeverwaltung eine Zentralstelle mit einem aus ständigen und nichtständigen Mitgliedern bestehenden Beirat errichten; 2. eine Förderung des Kleinhandels in Erwägung ziehen durch Motorenstellungen, Fortführung neuer Arbeitsmethoden und technischer Fortschritte des Kleinhandels, Förderung der Lehrlingsausbildung und des gewerblichen Genossenschaftswesens; 3. die erforderlichen Kosten in den

nächsten Etat einzustellen. Nachdem Abg. Trimborn (B.) seinen Antrag begründet, verlegt sich das Haus auf heute vormittag 11 Uhr: Geßel betreffend juristische Ausbildung und Fortsetzung der geistigen Debatte.

Bremen. Se. Königl. Hoheit der Großherzog von Oldenburg hat, wie kürzlich schon gemeldet wurde, mit seiner in Kiel gebauten und von ihm selbst befehligten Dampfschiff „Lennhorn“ eine Fahrt ins Mittelmeer angetreten, auf der er in Neapel mit seiner den Kanoweg einschlagenden Gemahlin zusammentreffen wird. Als Ende Januar schwere Stürme den Kanal heimsuchten, wartete der Großherzog in Plymouth, lief am 29. Januar von dort aus und ist mit guter Fahrt von vierzehn Seemeilen in der Stunde vier Tage später in Gibraltar eingetroffen. Die Dampfschiff, deren Größe etwa derjenigen der Nordsee-Rüstendampfer entspricht — sie ist 49 m lang —, soll sich, der „Königlichen Zeitung“ zufolge, dabei trotz schweren Seeganges sehr gut bewährt haben. Der Großherzog, der à la suite des Besatzen steht, hat seine nautischen Studien in Oldenburg gemacht, wo ihm Vorträge gehalten wurden. Das Examen hat er bei der Navigationschule zu Elsfleth abgelegt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien. Erzherzog Franz Ferdinand ist gestern abend 11 Uhr nach St. Petersburg abgereist.

Das „Ill. Wiener Extrablatt“ legt die Bedeutung der Reise des Erzherzogs Franz Ferdinand in folgender Weise dar: Sie lehrt, daß die Beziehungen zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn sehr gute, ja sehr freundschaftliche sein müssen; sie lehrt, daß das wichtige, eine Friedensbürgschaft in sich schließende Balkanabkommen zwischen beiden Kaiserreichen unverletzt in Kraft fortbesteht; sie lehrt, daß alle „Entwicklungen“, die die Tendenz haben, den Dreibund durch Erregung von Mißtrauen zwischen seinen Mitgliedern zu sprengen, aus der Luft gegriffen sind; sie lehrt, daß zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn nichts liegt, was die beiden Staaten hindern könnte, gemeinsame Schritte zum Schutze ihrer Handels- und Produktionsinteressen zu vereinbaren.

Die „Neue Freie Presse“ weist darauf hin, daß es in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses gelungen ist, in ebensoviele Stunden vier Dringlichkeitsanträge zu verhandeln und zu erledigen, als vor dem Tage erforderlich gewesen wären. Die rasche Erledigung habe nur bei entsprechendem Entgegenkommen der Parteien erreicht werden können, und insofern giebt sich darin der Wunsch und der Entschluß des Hauses kund, die Tagesordnung nicht mehr durch Dringlichkeitsanträge hindern zu lassen.

Buda-Pest. Im Abgeordnetenhause meldete Bhoray (keristale Volkspartei) eine Interpellation an den Handelsminister und den Finanzminister an, betreffend die ungarische Bank für Handel und Industrie. Bhoray wünscht zu wissen, welche Beträge diese Bank auf Grund des Industrie-Förderungs-Gesetzes als Subvention bezogen habe, und ob eine Aufsicht gelegt worden sei zu dem Zwecke, festzustellen, ob jene Bank, die aus dem Titel „Industrieförderung“ Steuern und Gebührenfreiheit genossen habe, in dem Sinne des Gesetzes über die Förderung der Industrie funktioniert habe. Weiter wünscht Bhoray zu wissen, ob der Minister Kenntnis davon habe, daß die Bank von ihrer ursprünglichen Bestimmung, die Industrie zu fördern, abgewichen sei, und ob Vororge dafür getroffen worden sei, daß die 2400000 Kronen Regierungsgelder, die bei der erwähnten Bank plaziert sind, nicht verloren gehen. Nefsi (Kosistpartei) wünscht zu wissen, ob der Unterrichtsminister Kenntnis davon habe, daß die zuständigen Stellen sämtlicher Bezirke Buda-Pests mit Ausnahme einer einzigen sich gegen den Unterricht des Deutschen in den städtischen Elementarschulen ausgesprochen haben, daß aber trotzdem der Magistrat eine entsprechende Verfügung nicht getroffen habe; der Abgeordnete fragt den Minister, ob er den Unterricht im Deutschen vom nächsten Jahre ab in den Volksschulen aufzuheben gedenke. — Bei der Besprechung der Interpellation Bhoray erklärte der Abg. Graf Stefan Tisza, der frühere Präsident dieser Bank, dessen Name von dem Interpellanten erwähnt worden war, er beabsichtige nicht, die teilweise übertriebenen, teilweise unwarernen Angaben auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Bei seinem Rücktritt im vorigen Jahre sei ihm die Lage des Instituts unbekannt gewesen. Sonst hätte er auf seinem Posten ausgehalten, den er nur niedergelegt habe, um bei der Beratung des Inkompatibilitäts-Gesetzes unbeteiligt auftreten zu können. Jeden Zweifel an dieser Behauptung müsse er für eine perfide Verleumdung erklären. Uebrigens wünsche er keineswegs, der Verantwortung für Akte seinerormaligen Stellung auszuweichen. (Beifall rechts.) Abg. Nefsi wollte seine Interpellation betreffend den Unterricht im Deutschen heute beenden.

schulten, nur in den Trompeten hin und wieder zu einbringlich wirkenden Orchesterklänge aufs neue verdient. S

Verein für Erdkunde.

Am 31. v. Mts. hielt im Dresdener Verein für Erdkunde Hr. Ingenieur Paul Reichsch einen Vortrag über submarine Flüsse und Quellen, eine Erscheinung, auf die man erst in neuerer Zeit durch das häufige Vorkommen von Zerreißungen submariner Kabel aufmerksam geworden ist. Es ergab sich, daß den Kabeln Gefahren nicht bloß durch Betriebsabnutzung, Absinken, Alter und Erdstöße, sondern auch durch bisher noch unbekannte Kräfte drohen, die beständig an der Arbeit sind, den Meeresboden umzugestalten. Man wurde auf diesen Gedanken durch Zerreißungen geführt, die, bisweilen schon wenige Monate nach Auslegung des Kabels, in Tiefen stattfanden, bei denen bisher jede Möglichkeit einer Gefahr ausgeschlossen erschien, ja sogar auf schlammigen Untergrund, der für die Konservierung der Kabel im allgemeinen als sehr günstig zu bezeichnen ist. Genauere Untersuchungen und Beobachtungen haben ergeben, daß es sich bei solchen Zerreißungen um die Wirkungen von Ergießungen meist süßen Wassers unter dem Meeresniveau, d. h. am Meeresboden, handelt. Man nennt solche Ergießungen auch kurzweg submarine Flüsse, bei denen oftmals Quelle und Mündung an einer Stelle vereinigt sind, was voraussetzt, daß eine solche Wasserader, ehe sie am Meeresboden mündet, ihren Lauf erst im Erdboden oder im Gestein nimmt. So schloß Henry Benett aus den Beobachtungen, die bei Ausbesserung des 1893 und 1895 in Tiefen von 2200 und 2875 m zerrissenen Kabels zwischen Kap Verde und Brasilien gemacht wurden, insbesondere aus den eigenartigen Formationsverhältnissen des Meeresbodens unter der Breite des Kap Verde, daß sich hier zwischen der Küste und der Kabellinie die Mündung eines Süßwasserstromes finden müsse, die denn auch in 1392 m Tiefe festgestellt wurde, und zwar in einer Rinne, die im Norden und Süden von hohen submarinen Gehängen eingeschlossen wird. Bei Reparaturarbeiten, die 1897 an einem Küstenkabel, das Saint Louis und die Bai

Frankreich.

Paris. Deputiertenkammer. Bei der gestern wiederaufgenommenen Beratung des Antrages auf Beschränkung des Arbeitstages in den Bergwerken bekämpfte Lynamard die Festsetzung der Dauer der Arbeitszeit, da diese sich aus dem Uebereinkommen zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern ergeben müsse. Der Redner warf der Kommission vor, sie habe anscheinend der Furcht vor einem allgemeinen Ausstande der Grubenarbeiter nachgegeben. Dieser Ausstand schein große Befürchtungen zu verursachen, würde aber den Gang der Industrie nicht aufhalten, denn dazu sei die französische Kohlenproduktion zu geringfügig. Guieyffe und Basly beantragten Annahme des Vorschlages der Kommission. Hierauf wurde die Diskussion geschlossen. Die Kammer nahm mit 338 gegen 219 Stimmen den ersten Paragraphen des Artikels 1 an, nach dem die tägliche Arbeitsdauer auf 9 Stunden festgesetzt wird. Nachdem auch Paragraph 2 angenommen worden war, wonach die tägliche Arbeitsdauer nach zwei Jahren auf 8 1/2 Stunden und nach weiteren zwei Jahren auf 8 Stunden herabgesetzt wird, wurde der Artikel 1 auch im ganzen angenommen. Das Haus nahm die einzelnen Artikel des Gesetzes über die Arbeitsdauer in den Bergwerken und dann das Gesetz im ganzen an. Von heute an sollen wieder Vormittagsitzungen stattfinden.

Der Abgeordnete Berry hat den Minister des Auswärtigen Delcassé davon verständigt, daß er ihn über die Haltung Frankreichs bei den mit England zu Gunsten der südafrikanischen Republik eingeleiteten Unterhandlungen befragen werde, durch die sich Holland soeben selbst geehrt habe.

Niederlande.

Haag. (Neuermeldung.) Die Burenbelegierten erklärten bezüglich des holländisch-englischen Notenwechsels, sie erkannten die gute Absicht der niederländischen Regierung, den Krieg zu beendigen, an. Die Behauptung Englands, die Burenbelegierten seien ohne Einfluß auf die Vertreter der Buren in Südafrika, sei völlig unbegründet. Die Weigerung Englands, den Vorschlag der niederländischen Regierung anzunehmen, bewiese, daß die Politik Englands nach wie vor darauf gerichtet sei, das Burenvolk auszurotten und alle Bemühungen zur Erlangung eines ehrenvollen Friedens für die Buren scheitern zu lassen. Der Wortlaut der Antwort Englands lasse die Burenbelegierten nicht daran denken, von England freies Geleit nach Südafrika oder anders zu verlangen.

Italien.

Rom. Nach einem hiesigen Berichte hat die italienische Regierung sich bereits für die Schließung der jetzigen Kammerzeitung entschieden. Der Minister hat den Ministerpräsidenten Zanardelli ermächtigt, den Zeitpunkt der Eröffnung der neuen Tagung, die vom Könige mit einer Thronrede eingeleitet werden wird, festzustellen. Wahrscheinlich wird die neue Tagung am 20. d. Mts. beginnen.

Die Staatseinnahmen weisen für die ersten sieben Monate des laufenden Rechnungsjahres ein Mehr von 20 Millionen Lire gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres nach.

Großbritannien.

London. Das Unterhaus hat mit 246 gegen 125 Stimmen die Bill angenommen, nach der die Ehe mit der Schwester der verstorbenen Ehegatten für gesetzlich erklärt wird.

Manchefer. Auf der gestrigen Jahresversammlung der hiesigen Handelskammer erklärte der Vorsitzende Thompson, bezeugend auf die deutsche Zolltarifvorlage, der Vorstand der Handelskammer werde entschieden jedwede Wiedervergeltungsmassnahmen, da er glaube, daß solche für England nur größere Nachteile bringen würden.

Bonny (Guinea). Nach weiteren hier eingegangenen Nachrichten hiesigen noch mehrere gegen die Trostarmee operierende englische Truppenabteilungen auf belgischen Widerstand der Eingeborenen. Im Januar wurden auf englischer Seite vier weiße Offiziere verwundet, darunter zwei schwer; fünf eingeborene Soldaten wurden getötet, 20 verwundet.

Serbien.

Belgrad. Die Skupstina nahm die Vorlage, nach der den in dem Attentatsprozeß Verurteilten die Kosten des Strafverfahrens erlassen werden, einstimmig an. Die Abg. Jimkowski, Pawischewitsch und Reschitsch brandmarkten in scharfen Worten die Geschehnisse anlässlich dieses Prozesses, in dem die hervorragenden Söhne des Landes unschuldig in den Kerker geworfen worden seien, weil ein thörichter Dube

auf König Milan geschossen habe. Der Abg. Jimkowski verlas Erklärungen einer Reihe von Zeugen, die jetzt belennen, damals falsch ausgesagt zu haben, weil sie dazu gezwungen worden seien. Redner sollte der ausländischen Presse, die in jenen Tagen für Recht und Wahrheit eingetreten sei, warmen Dank.

Türkei.

Konstantinopel. Ein Frade des Sultans weist den Großvezier an, die vorgelegten Entwürfe, betreffend eine Unifizierung der drei Serien der türkischen öffentlichen Schuld, zu prüfen.

Die Senatoren der Insel Samos unterbreiteten dem Sultan eine Petition, in der sie ausführen, daß die Belastung des Fürsten auf seinem Posten wegen seiner schlechten Verwaltung die Ruhe der Insel ernstlich gefährden würde. Sie ersuchen gleichzeitig um Entsendung eines kaiserl. Kommissars zum Zwecke einer Untersuchung und um Abberufung des Fürsten. (Wiederholt.)

Vom Landtage.

Dresden, 6. Februar. Die heutige Sitzung der Ersten Kammer fand unter dem Vorsitze des Hrn. Vizepräsidenten Landesältesten v. Beschwitz statt. Auf der Tagesordnung standen die Anträge zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation über Titel 29 des außerordentlichen Staatshaushalts-Gesetzes für 1902/03, die Vergrößerung des Betriebselektrizitätswerkes in Dresden-Friedrichstadt (zweite und letzte Rate) betreffend, und zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation über Titel 30 des außerordentlichen Staatshaushalts-Gesetzes für 1902/03, die Erweiterung des Bahnhofs-Büchsenwerda (zweite und letzte Rate) betreffend. Berichterstatter war zu beiden Gegenständen Hr. Kammerherr Sahrer v. Sahr-Dahlen. Die Kammer beschloß, den Deputationsanträgen entsprechend zu Titel 29 325000 M. und zu Titel 30 547000 M. nach der Vorlage zu bewilligen. Zu Titel 30 drückte Hr. Kammerherr Graf v. Redtlich in gleicher Weise, wie es schon der Berichterstatter getan, seine Freude über die gegenüber dem Vorschlag eingetretene Ersparnis aus. Im übrigen fand eine Debatte nicht statt. Durch Hrn. Kammerherrn v. Schönberg erfolgte eine Anzeige der 4. Deputation über eine für unzulässig zu erklärende Petition. Schließlich verlas noch Se. Excellenz Hr. Wirkl. Geh. Rat v. Charpentier eine Ständische Schrift zum Königl. Dekret Nr. 14, den Entwurf eines Gesetzes über die Ausdehnung der Verwaltungsgeschäftspflege nach dem Gesetze vom 19. Juli 1900 auf kirchliche Angelegenheiten betreffend. — Nächste Sitzung Dienstag, den 11. Februar.

Zur heutigen Sitzung der Zweiten Kammer hatte sich am Regierungssitze Se. Excellenz der Hr. Staatsminister v. Meißel eingefunden. Auf der Tagesordnung stand die Schlussberatung zu den mündlichen Berichten der Beschwerde- und Petitions-Deputation über die Petition pensionierter Justizbeamten bez. deren Witwen durch Amtsgerichtswachtmeister a. D. Kroker in Tharandt und Gen. um Anrechnung eines angemessenen Betrages des Wertes freier Dienstwohnung u. als pensionsberechtigtes Einkommen und über die Petition von F. W. May in Neustadt um Gewährung einer Entschädigung. Beide Petitionen beschließt die Kammer nach den von den Berichterstattern, den Herren Abg. Bunde und Heymann, gestellten Deputationsanträgen auf sich beruhen zu lassen. Deputationsanträge der ersten Petition war in eine Debatte nicht eingetreten worden, bezüglich der zweiten hat Hr. Abg. Dr. Spieß, dem Petenten wegen seiner bemitleidenswerten Lage regierungsfreig irgend eine Entschädigung gewähren zu wollen, ein Wunsch, den Hr. Geh. Rat Meißel als Regierungskommissar wegen der Konsequenzen für nicht erfüllbar erklärte. — Nächste Sitzung morgen.

Örtliches.

Dresden, 6. Februar.

* Se. Königl. Hoheit der Prinz Georg besuchte den Kunstinstitut Emil Richter, Prager Straße.
* Ihre Kaiserl. und Königl. Hoheit die Frau Prinzessin Friedrich August besuchte heute das Maagazin

in größerer Tiefen. Auf den Zusammenhang der submarinen Flüsse und Quellen mit Vangewässern weist der Umstand hin, daß in tropischen Gebieten die meisten Kabelzerrisse in der Regenzeit stattfinden, weil dann wie oberirdisch, so auch unterirdisch das meiste Wasser abfließt, desgleichen die Beobachtung, daß die Enden zerrissener Kabel, die in den submarinen Stromrinnen von Sandmassen überlagert worden waren, häufig in Zweige und selbst Baumstümpfe verwickelt gefunden wurden. Mit großem Fleiß hatte Hr. Reichsch für die von ihm besprochene Erscheinung eine große Anzahl von Beispielen aus den verschiedensten Gegenden der Erde zusammengestellt, die er des näheren erläuterte. Er brachte ferner die Erscheinung der submarinen Flüsse in Verbindung mit den artesischen Quellen, wie sie namentlich in Australien in ungeheurer Ausdehnung vorkommen, mit den Grotten, Höhlen, Schlünden und unterirdischen Wasserläufen und fallen in Ralfsteingebieten, z. B. im Karst und in den Cevennen, und mit anderen Vorformen, bei denen unterirdische Wasserbewegungen in Frage kommen. Vortragender wußte die Theorie, durch die die erwähnten Erscheinungen erklärt werden, sehr einleuchtend zu machen und begegnete auch in der Aussprache, die sich an den Vortrag angeschlossen und noch manchen Beitrag zu dem Gegenstande des Vortrages lieferte, den dagegen erhobenen Einwänden.

Wittl.
* Aus Wiesbaden wird uns geschrieben: Für die auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Kaisers vom 11. bis 19. Mai d. J. in dem Königl. Theater in Wiesbaden stattfindenden Festspielen hat die Königl. Intendantur, um bei dem erfahrungsmäßig sehr starken Andrang dem Publikum möglichst entgegenzukommen, eine Reihe von Bestimmungen erlassen, die für weitere Kreise von Interesse sein dürften. Der Vorverkauf der Karten ist mit Rücksicht auf die Bequemlichkeit des auswärtigen und internationalen Publikums einheitlich dem Universal-Reisebureau Schottensels u. Co., Wiesbaden übertragen; dorthin sind alle Vorbestellungen zu richten. Letztere müssen in deutlicher Schrift den Namen

für Ausstattungen in Wäsche und Betten von Adloff u. Wötter, Königl. Hoflieferanten.
 Vom Ministerium des Innern ist im Einverständnis mit dem Finanzministerium der Vermessungsinspektor Kammerat Fuhrmann in die Kommission für die Prüfung der Feldmesser berufen worden.
 * Das zur Königl. Friedrich-August-Stiftung der „Flora“, Königl. Sächsischen Gesellschaft für Botanik und Gartenbau in Dresden, gehörige Reisekostenpension für Gärtner ist in der Höhe von 150 M. auf das Jahr 1902 zu vergeben. Es können sich darum Gärtner, die in Sachsen geboren sind und eine wenigstens dreijährige Gehilfenzeit zurückgelegt haben, bewerben. Gesuche sind unter Beifügung eines Geburtscheines, der Stellungszugnisse und eines ausführlichen Reiseplanes bis 15 Febr. an den Verwaltungsrat der „Flora“ einzureichen.
 * Während die Ankunft von Gütern bisher den Empfängern in der Regel durch frankierte Postkarte angezeigt wurde, sollen vom 1. März 1902 an derartige Postkarten nicht mehr frankiert, sondern als portopflichtige Dienststücke abgefertigt werden.
 * Ueber das Thema „Die evangelisch-lutherische Kirche in der Schweiz“ wird Hr. Pastor Wagner aus Zürich morgen, den 7. d. M., abends 8 Uhr im Vereinshaus einen Vortrag halten.
 * Die Internationale Schlafwagen-Gesellschaft hat ihre Agentur und den Verkauf ihrer Schlafwagenarten an d. d. M. dem Reisebureau der Firma Alfred Kohn (zugleich internationales Expeditionsbureau der Firma „R. Kohn“), Prager Straße 36, übertragen.

k. In dem von der Ortsgruppe Dresden des Deutschen Vereins für Volkshygiene am Montag abend veranstalteten Vortragsabend sprach Hr. Dr. med. Hopf, Dresden, über „Volkshygiene und ihre Bedeutung für die Volksgesundheit“. Den fesselnden Ausführungen des Vortragenden entnehmen wir folgendes. Die für alle Völkern die menschlichen Organismus so außerordentlich wichtige Haut wird viel zu wenig in ihrer Pflege vernachlässigt. Durch die Haut scheidet der Mensch doppelt so viel Wasser aus wie durch die Lunge, täglich ungefähr 1/2 seines Körpergewichts; ihre Hauptaufgabe ist die Wärmeregulierung des Körpers, die sie durch die Blutgefäße und Schweißporen bewirkt. Eine gesunde Haut ist für den Gesamtkreislauf des Körpers von hervorragender Bedeutung. Alle Gesundheitspflege, also auch die der Haut, stützt sich auf die drei Hauptfaktoren Licht, Luft und Reinlichkeit, und für letztere ist das Baden des Körpers unentbehrlich und die Ausbildung des öffentlichen Bädereiwesens eine notwendige Forderung. Auf diesem Gebiete hat das Mittelalter und in noch höherem Grade die römische Kaiserzeit die Vorsehung bedeutend überaus; der Verfall trat in Deutschland im öffentlichen Bädereiwesen im 16. Jahrhundert ein. Gegenwärtig ist auch in Rußland, China, Japan u. das Baden als Volkssitte mehr ausgebildet als in Deutschland, wo die Verhältnisse in dieser Beziehung ganz ungenügend und erschreckend sind. Zur Zeit bestehen in Deutschland nur 2918 Warmbadeanstalten, auf 2000 Menschen entfallen nur 1 Schwimmbassin und 68 Badewannen, und von den Dristädten über 3000 Einwohner haben 711 keine öffentliche Bäderelegenheit. Stuttgart steht in der Badefrequenz gegenwärtig am höchsten, in Berlin entfällt auf jeden Einwohner erst alle drei Jahre ein Bad. Dies bezieht sich natürlich nur auf die öffentlichen Bäder. In Deutschland ist das Bädereiwesen eben ein erschreckend niedriges, und eine Verbesserung ist nur durch Förderung der Neigung zum Baden und Verbilligung und Vermehrung der Bäderelegenheit herbeizuführen; daher ist die Förderung, öffentliche Bäder zu bauen, die Pflicht der Verste und der Gebildeten. Von den drei Arten der Bäder — Wannenbad, Schwimmbad, Brausebad — ist das Brausebad sowohl aus peluziären wie hygienischen Gründen das erstrebenswertere. Brausebäder lassen sich billig herstellen, so daß nur hierdurch die Dezentralisierung des Bädereiwesens durch Errichtung vieler kleiner Bäder erreicht werde. Das erste Volksbrausebad ist 1887 in Wien gegründet worden. Dort kostet ein Bad mit Seife, Handtuch, Bademantel und 40 l Wasser 5 Kreuzer, und dabei macht sich das Bad bezahlt. In Berlin kostet jetzt ein gewöhnliches Brausebad 10 Pf. Diese Brausebäder haben sich auch in Fabriken, Kaserne und Schulen eingeführt. Die Aufnahme von Bädern in die Schulen ist von größter erzieherischer und hygienischer Bedeutung, Aufgabe der Volksschule ist auch die Erziehung zur Reinlichkeit. In Berlin sind zur Zeit neun Gemeindegymnasien mit Brausebädern ausgestattet, und in Dresden ist deren allgemeine Einführung in den Volksschulen beabsichtigt. Nach alledem befinden wir uns jetzt in zunehmender Entwicklung hinsichtlich des öffentlichen Bädereiwesens, es muß aber noch viel geschaffen werden, um dahin zu gelangen, daß jeder Deutsche jede Woche ein Bad nehmen kann.

des Werkes und das Datum der betreffenden Vorstellung enthalten. In erster Linie werden nach Möglichkeit Bestellungen auf alle neuen oder auf mindestens fünf Vorstellungen berücksichtigt, in zweiter Linie die übrigen. Die Bestellung erfolgt mittels frankierter Postkarte, die auf der Vorderseite die Adresse des Bestellers, auf der Rückseite die Angabe der Wäsche enthalten sollen. Die Postkarten sind in frankiertem Rouvert unter gleichzeitiger Abwendung des erforderlichen Betrags an das Reisebureau Schottensfeld u. Co. in Wiesbaden, 29/31 Theater-Colonnade, zu senden. Die bewilligten Karten bei Postkarten mit Vermerk, wenn die Bestellung nicht hat berücksichtigt werden können, gelangen in kurzer Zeit an die Besteller zurück. Das Programm der Festspiele ist folgendes: Dreimal drei Glucks „Amida“, zweimal die Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“, zweimal Auber's „Schwarzer Domino“, einmal Shakespeares „Raufmann von Venedig“, einmal Webers „Oberon“ aufgeführt.
 * Anlässlich der bevorstehenden Wiederkehr des Todestages Richard Wagners hat die Zeitschrift „Die Musik“ ein Wagner-Fest herausgegeben, in dem eine Anzahl interessanter Beiträge dem Andenken des Meisters gewidmet sind. Den Anfang macht ein Aufsatz „Bayreuth und der Ring des Nibelungen“ von Camille Saint-Saëns, der einer demnächst bei Herrn Seemann Nach in Leipzig erscheinenden Essaysammlung entnommen ist. Es sind kritische Betrachtungen, die der bedeutendste lebende Vertreter französischer Tonkunst an die ersten Bayreuther Aufführungen knüpfte. Nachdem er sich zunächst energisch dagegen gewendet hat, daß man den Nationalitätenstreit mit der Kunstfrage verwickeln, kennzeichnet er seine persönliche Stellung zu Wagners Kunst durch folgende Bemerkungen über Wagnerianer und Anti-Wagnerianer: „Ich habe mich eingehend mit den Werken Richard Wagners beschäftigt; ihr Studium hat mir den höchsten Genuß bereitet, und die Werke, die ich auf der Bühne sah, haben auf mich einen so nachhaltigen Eindruck gemacht, daß keine Theorie der Welt sie mich vergessen oder vernachlässigen lassen wird. Infolgedessen schimpfte man mich

* Der vorletzte der öffentlichen Vorträge des Gedenkstätten Vereins fand am Mittwoch im Saale der Stadtverordneten statt. Hr. Oberlehrer Martin sprach über „Hans Laqueur — eine Reise in die Sächsische Schweiz vor hundert Jahren“. Im Jahre 1798 erschien zu Halle eine Reisebeschreibung, in der u. a. der Name „Basel“ zum ersten Male genannt wurde: „Hans Laqueurs Reise in die Sächsischen Sandsteingebirge“. Hinter dem angeblichen Verfasser, „Bedienten bei Frau v. X.“, stand Christ. Gottl. Eberhard, der in Dresden lebte und starb. Seine gesamten Schriften erschienen in Halle, und zwar hieß das hier besprochene Werk nun „Aus Basalts Briefe“. Das Buch ist in Briefform geschrieben; die Reise ist in eine Reihe von Briefen eingeteilt, die die Werbung Laqueurs um eines Müllers Töchterlein behandelt. In Anlage, Stil und Stimmung erinnert das Buch etwas an Jean Paul. Inbezug verleiht Hans Laqueur selbst die düstere Prosa; er befreit nicht die romantische Begeisterung für das Sandsteingebirge; der Urtitelverfasser Grund a. B. gemahnt ihn an die englischen Gassen Dresdens. Voll von romantischen Empfindungen ist dagegen Basalt, dessen Briefe vom lebhaften Naturgefühl des Verfassers zeugen. Der Hr. Vortragende gab eine erschöpfende Inhaltsangabe und Erklärung des merkwürdigen Buches, schilderte die zahlreichen brügeligen Erlebnisse Laqueurs und gab charakteristische Proben aus dem Briefen Basalts. Das sehr zahlreiche Publikum folgte mit gespannter Aufmerksamkeit den unterhaltenden und anregenden Mitteilungen und spendete dem Hrn. Vortragenden herzlichen Beifall.

* Der fünfte der vom Stadtverein für innere Mission veranstalteten vollständigen Kompositionenabende, der Sonntag, den 9. Februar, abends 8 Uhr stattfand, wird ein russischer Abend sein. Pieder und Kammermusikwerke von Tschaikowsky, Glazunow und Rubinstein werden geboten werden. Hr. Musikdirektor Rubinstein wird den Vortrag als Künstler wirken mit: Hr. Albert Voigtländer-Vogner (Sopran), die Herren Kammermusiker J. Strieker (1. Violine), R. Wagenknecht (2. Violine), G. Naumann (Viola), A. Jenker (Violoncello) und Hr. Gollner (Begleitung).
 * Noch einmal sei daran erinnert, daß Freitag abend die große Faschingsrevue im Centraltheater zum Besten der Kinderheilstätte und des Säuglingsheims stattfindet. Erfreulicherweise sind die Zeichnungen hauptsächlich auch von Seiten der Damenwelt auf das zahlreichste eingelaufen. Hofgesellschaft, Kunst, Wissenschaft und Theater, die Handels- und Finanzwelt, das Offizierscorps, kurz, alle Kreise der Bürgerchaft werden stark vertreten sein. Es ist Sorge getragen, daß den Festteilnehmern, in welchem Räume der Feststätte sie sich auch bewegen mögen, sei es im Theater selbst oder in den Foyers, im Café oder im Weinrestaurant, im Theatereller oder in den Wandelgängen alle möglichen Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten zur Verfügung stehen, damit sich jeder wohl fühle und die Freude des Festes unbeschränkt genießen kann. Wundervolle Bilder werden sich dem Beschauer entrollen, wenn er vom Ballaal nach der Bühne blickt; hier haben sich Malerei, Plastik und Technik vereinigt, herrliche künstlerische Wirkungen zu erzielen. Einen Glanzpunkt in diesem Bühnenschauspiel bildet die Freitreppe vom Ballaal nach der Bühne, wo durch beiderseitige Lichtwirkungen und bildhauerische Gebilde in Verbindung mit der Malerei eine märchenhafte Gesamtdarstellung geschaffen worden ist. Von den zahlreichen anderen Räumen sei nur die bemerkenswerte Ausstattung des Kellers nochmals erwähnt; auch diese wird, was Einrichtung, Schmuck und Ausstattung anlangt, ein entzückend reizvolles Gepräge bieten. In allen Räumen werden die Kapellen ihre beiderseitigen Kräfte entfalten, damit sich überall echtes und reges Faschingsleben entfalte. Im Theateraal wird Despatche ihr Recht ausüben, bis schmetternde Signale den Einzug des Prinzen Carneval (Theodor Franke) verkünden, dessen mit Satyre und Wit gezeichnete Trontröcke die allgemeine Karnevalsstimmung noch erhöhen wird. Die Verpflegung liegt in den besten Händen, so daß auch in dieser Hinsicht keine Wünsche unerfüllt bleiben werden.

k. Das Kostümfest „Ein Abend in Nizza“, das das Dresdner Kartell des Deutschen Radfahrerbundes am Mittwoch im „Tivoli“ veranstaltet hatte, bot ein sehr feierliches Bild. Außer verschiedenen Radfahrern wurde ein überaus farbenreich belesener Blumenorchester geföhrt. Besondere Aufmerksamkeit erregte das Auftreten eines kaum vierjährigen Kunsttäblers auf einem winzigen Niederrad. Vorträge einer italienischen Sängergesellschaft und Konzert verschönten die Feier, der sich ein fröhlicher Ball angeschlossen.
 * Von den im zweiten Stockwerke des Bankhauses Ed. Nothh's Nachf., Schloßstraße 24, ausgefallenen Handarbeiten des unter Protokollat Hr. Königl. Hoheit der Frau Kronprinzessin von Schweden und Norwegen stehenden Vereins „Die Freunde der Handarbeit“ zu Stockholm bleiben die Kissenbezüge und

kleineren Wandbezüge in Gobelinausführung sowie die geflochtenen Spitzen, Kissen, Spitzenabhängiger, Tischläufer, Tischtücher u. noch eine Zeit ausgeführt, um alsdann nach Leipzig verschickt zu werden. In Anbetracht des lebhaften Interesses, das dieser anregenden und von tüchtigem Können und auserlesenen Geschmack zeugenden Ausstellung von dem Publikum entgegengebracht wird, erstreckt sich die Besichtigungszeit von jetzt an von 10 bis 11 Uhr und 3 bis 5 Uhr nachmittags in der Woche und von 11 bis 1 Uhr Sonntags. Sämtliche Sachen sind veräußlich.
 * Die Buchdruckerei in Dresden hat sich als Zwangsverwaltung aufgelöst und auf Grund eines von der Aufsichtsbekörde genehmigten Statuts neu gebildet. In der konstituierenden Versammlung wurden als Vorsitzender Hr. D. Siegel, als Kassierer Hr. A. Schönfeld und als Schriftführer Hr. E. Pähler gewählt und einstimmig beschloffen, die bestehenden Verträge verhältnismäßig des Innungsbesamten in der bisherigen Weise fortzuführen, Gemäß dem Vorgehen anderer Druckerei wurde weiter beschloffen, auch für Dresden in der Weise der Steigerung der Produktionskosten und der seit dem 1. Januar erhöhten Arbeitslöhne die Druckpreise zu erhöhen und dies den Auftraggebern durch eine Rundgebung mitzuteilen.
 * Aus dem Polizeibericht. Am 19. v. M. ist in Kiel ein größerer Silberdiebstahl verübt worden. Entwendet wurden mehrere Dutzend Eß-, Kompott-, Eis-, Thee- und Moccaköffe, Messer, Gabeln, Messerblöcher, außerdem Kannen, Salzfaßchen, Konfekttschalen, Tablett, Eierbecher u. Verschiedenes dieser Sachen tragen das verschlungene Monogramm „R. W.“. Da nicht ausgeschlossen erscheint, daß die Gegenstände hier zum Verkauf angeboten werden, wird ersucht, etwaige Wahrnehmungen zu C. Unbekannt 397/02 der Kriminalabteilung anzuzeigen. — In der Nacht vom 28. zum 29. Januar d. J. ist in Brüg in der 66jährigen Kleiderbinderin Josefa Epich in ihrem Gesäßtslokal ein Raubmord verübt worden. Bei dem der Tat vorausgegangenen Kampfe muß sich der Mörder unbedeutend Kratzenwunden im Gesicht und an den Händen zugezogen, auch seine Kleider mit Blut besetzt haben. Jedermann, dem Verdachtsgriinde bezüglich der Person des Täters bekannt sind, wolle dieselben zu C. Unbekannt 366/02 an die Kriminalabteilung mitteilen. — Seit gestern wird eine erst vor zwei Monaten nach Dresden gezojene 17 Jahre alte Dienstpferd vermisst. Sie ist früh gegen 6 Uhr aus der Wohnung ihrer Dienstherrin fortgegangen und hat einen an ihre Eltern gerichteten Brief zurückgelassen, in dem sie zu erkennen giebt, daß sie die Absicht hat, sich das Leben zu nehmen. Das Mädchen ist von langer, schlanker Gestalt, hat blonde Haare und Augenbrauen, blaue Augen, gute, etwas vorstehende Zähne und trug folgende Kleidung: braunes Jackett, schwarzen Oberrock, einen schwarzgestreiften und einen rotweissen Unterrock, grauen Filzhut mit hellblauer Sammettaunier und weißen Taubensehern. Die Wäsche ist B. K. geseichnet. — Heute vormittag ist an der Leibgauer Fähre der Leichnam eines unbekanntem, unbefleierten Mannes aus der Elbe gezogen worden.

— Im Circus Schumann findet morgen abend 8 Uhr Benefiz- und Abschiedsvorstellung für den Löwenbändiger Hrn. Julius Seeth statt.
 — Die Feuerwehr rückte gestern abend in der 11. Stunde nach Schöffergasse 25 und einige Zeit später nach Annenstraße 15 aus. Am ersten Orte wurde nur blinder Kärm festgestelt, während im zweiten Falle ein Fußbodenbrand in dem Aufsichtsträume der Arbeiter des dortigen Neubaus zu unterdrückt war. Das noch rechtzeitig bemerkte Feuer konnte alsbald gelöscht werden.

kleineren Wandbezüge in Gobelinausführung sowie die geflochtenen Spitzen, Kissen, Spitzenabhängiger, Tischläufer, Tischtücher u. noch eine Zeit ausgeführt, um alsdann nach Leipzig verschickt zu werden. In Anbetracht des lebhaften Interesses, das dieser anregenden und von tüchtigem Können und auserlesenen Geschmack zeugenden Ausstellung von dem Publikum entgegengebracht wird, erstreckt sich die Besichtigungszeit von jetzt an von 10 bis 11 Uhr und 3 bis 5 Uhr nachmittags in der Woche und von 11 bis 1 Uhr Sonntags. Sämtliche Sachen sind veräußlich.
 * Die Buchdruckerei in Dresden hat sich als Zwangsverwaltung aufgelöst und auf Grund eines von der Aufsichtsbekörde genehmigten Statuts neu gebildet. In der konstituierenden Versammlung wurden als Vorsitzender Hr. D. Siegel, als Kassierer Hr. A. Schönfeld und als Schriftführer Hr. E. Pähler gewählt und einstimmig beschloffen, die bestehenden Verträge verhältnismäßig des Innungsbesamten in der bisherigen Weise fortzuführen, Gemäß dem Vorgehen anderer Druckerei wurde weiter beschloffen, auch für Dresden in der Weise der Steigerung der Produktionskosten und der seit dem 1. Januar erhöhten Arbeitslöhne die Druckpreise zu erhöhen und dies den Auftraggebern durch eine Rundgebung mitzuteilen.
 * Aus dem Polizeibericht. Am 19. v. M. ist in Kiel ein größerer Silberdiebstahl verübt worden. Entwendet wurden mehrere Dutzend Eß-, Kompott-, Eis-, Thee- und Moccaköffe, Messer, Gabeln, Messerblöcher, außerdem Kannen, Salzfaßchen, Konfekttschalen, Tablett, Eierbecher u. Verschiedenes dieser Sachen tragen das verschlungene Monogramm „R. W.“. Da nicht ausgeschlossen erscheint, daß die Gegenstände hier zum Verkauf angeboten werden, wird ersucht, etwaige Wahrnehmungen zu C. Unbekannt 397/02 der Kriminalabteilung anzuzeigen. — In der Nacht vom 28. zum 29. Januar d. J. ist in Brüg in der 66jährigen Kleiderbinderin Josefa Epich in ihrem Gesäßtslokal ein Raubmord verübt worden. Bei dem der Tat vorausgegangenen Kampfe muß sich der Mörder unbedeutend Kratzenwunden im Gesicht und an den Händen zugezogen, auch seine Kleider mit Blut besetzt haben. Jedermann, dem Verdachtsgriinde bezüglich der Person des Täters bekannt sind, wolle dieselben zu C. Unbekannt 366/02 an die Kriminalabteilung mitteilen. — Seit gestern wird eine erst vor zwei Monaten nach Dresden gezojene 17 Jahre alte Dienstpferd vermisst. Sie ist früh gegen 6 Uhr aus der Wohnung ihrer Dienstherrin fortgegangen und hat einen an ihre Eltern gerichteten Brief zurückgelassen, in dem sie zu erkennen giebt, daß sie die Absicht hat, sich das Leben zu nehmen. Das Mädchen ist von langer, schlanker Gestalt, hat blonde Haare und Augenbrauen, blaue Augen, gute, etwas vorstehende Zähne und trug folgende Kleidung: braunes Jackett, schwarzen Oberrock, einen schwarzgestreiften und einen rotweissen Unterrock, grauen Filzhut mit hellblauer Sammettaunier und weißen Taubensehern. Die Wäsche ist B. K. geseichnet. — Heute vormittag ist an der Leibgauer Fähre der Leichnam eines unbekanntem, unbefleierten Mannes aus der Elbe gezogen worden.

— Im Circus Schumann findet morgen abend 8 Uhr Benefiz- und Abschiedsvorstellung für den Löwenbändiger Hrn. Julius Seeth statt.
 — Die Feuerwehr rückte gestern abend in der 11. Stunde nach Schöffergasse 25 und einige Zeit später nach Annenstraße 15 aus. Am ersten Orte wurde nur blinder Kärm festgestelt, während im zweiten Falle ein Fußbodenbrand in dem Aufsichtsträume der Arbeiter des dortigen Neubaus zu unterdrückt war. Das noch rechtzeitig bemerkte Feuer konnte alsbald gelöscht werden.

Vermischtes.

* Paris. Vorgestern wurde hier der wegen verschiedener in Deutschland verübter Verbrechen verfolgte, aus Ausland gekehrte Prinz Sabin alias Graf v. Loulouze-Lautrec verhaftet. Nach Erledigung der notwendigen Formalitäten wird derselbe an Deutschland ausgeliefert werden.
 * London. Aus Schanghai wird der „Times“ von gestern gemeldet, der russische Konsul habe amtlich bekanntgegeben, daß gegenwärtig keinem Reisenden ohne besondere Erlaubnis von St. Petersburg die Reise auf der Straße Port Arthur — St. Petersburg gestattet werde. Es sei keine bestimmte Nachricht zu erlangen,

Werde seines Kunstgedankens wenig entsprechende Art, wie doch nur erst auf seine Anhänger glauben konnten, für das weithin unverständliche ideale Werk Stimmung zu weiden und Mittel zu gewinnen. Er schreibt aus Bayreuth, 19. September 1873: „Mein lieber guter Anton: Ich habe es noch schwer auf dem Gewissen, dich zuletzt ohne Beantwortung gelassen zu haben! Vielleicht erklärt dir das später die zukommende Zirkular etwas von meinen Nöten und der daraus kommenden Stimmung gegen solche Spielereien wie diese lokalen kleinen (oder großen) Konzertunternehmungen, die eigentlich nur dem Sinn haben, einigen kleinen Dristößen Gelegenheit und Vorwand zum Schwätzmachen zu geben. In dem Falle mit Dresden habe ich gewiß Unrecht, und namentlich möchte ich dem guten K. nicht zu nahe getreten haben. Aber mir ist es nicht zu verdenken, wenn ich mir dann und wann umständliche Erklärungen erspare, sobald man mich nicht verfehlt. Mein Unternehmen muß durchaus aus dieser gewissen Niedertafel-Konzert-Basis herausgetreten. Zusammenkommen, Reden, Musizieren u. c., alles hilft nichts! Was hat dieser schöne Abend auf der Terrasse andres bedeutet, als daß es für uns sehr wenige rührend war, einmal wieder zusammen zu sein und uns zu erinnern; aber hat er irgend etwas angeregt? Nein! Wieder ein Lieberlieb-Konzert. Ach! da wird man müde! ... Hier bin ich jetzt in beständiger Mergel, Aufregung, Sorge und Unmut, so daß ich zu keiner Ruhe und Arbeit komme. Nur der Theaterbau erhebt mich immer wieder, wenn ich zu ihm trete. Du mußt das Gebäude dir ansehen; es verlohnt sich der Mühe und erweckt Hoffnungen ...“

* Wie bereits erwähnt, findet mit Allerhöchster Genehmigung am 12. Februar im Königl. Opernhaus das übliche große Altermittwochs-Konzert zum Besten des Unterstützungsfonds für die Witwen und Waisen der Königl. musikalischen Kapelle statt. Im Anknüpfungsteile unseres heutigen Blattes wird nunmehr das vollständige Programm bekanntgegeben.
 * Residenstheater. Morgen, Freitag, wird bereits zum siebenten Male das Lustspiel „Die Fee Caprice“ mit Fr. Jenny Groß und Hrn. Adolf

doch werde amtlich angegeben, daß mehrere Bräuen jenseits Ruden eingeführt bez. noch nicht fertig seien und auch an Lokomotiven und rollendem Material großer Mangel herrsche; daher würden sich, wenn der Reisendenverkehr gestattet würde, unangenehme Verzögerungen ergeben. Aus gut unterrichteter Quelle verlautet, daß vor Juli d. J. kein regelmäßiger Verkehr wahrscheinlich sei.
 * St. Louis. Bei der Feuersbrunst, die am Dienstag in der hiesigen Zeltuchfabrik wütete, sind die Feuerwehrlente, über denen das Gebäude zusammenstürzte, nicht, wie zuerst gemeldet wurde, umgelommen. Sechs von ihnen wurden jedoch schwer verletzt.
 (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Statistik und Volkswirtschaft.

* Der Abschluß der Porzellanfabrik Unterweißbach vom 1. Mann u. Porzellan, Aktiengesellschaft, ergiebt einen Betriebsergebnis von 169 073,64 M. (144 322,64 M.) im Vorjahre. Hieron sollen 78 760,96 M. (51 320,68 M.) zu Abschreibungen 4 765,63 M. (4 650,11 M.) für den gesetzlichen Reservefonds, 3000 M. (2500 M.) für Ertragsrücklagen an Arbeiter, 13 666,64 M. (10 786,45 M.) für Zantien an Aktionäre und Ausschüttung vermandt, 12 % Dividende wie im Vorjahre an die Aktionäre verteilt und 18 997 M. (6 016,69 M.) auf neue Rechnung vortragen werden. Nach Aufnahme der vorgelegenen Abschreibungen werden das Modell-, Formen-, Werkzeug-, Geschnittenkonto u. c. nur mit je 1 M. zu Buch stehen, während sämtliche Maschinen und Utensilien auch nur mit dem geringen Betrage von 40 764,61 M. zu Buch stehen werden.

* Der verfügbare Gewinn der Dresdner Nähmaschinenfabrik für das Jahr 1901 beträgt 52 202,35 M., wovon zunächst 15 088,01 M. für Abschreibungen und 1634,85 für den Reservefonds abzuziehen sind, alsdann 209,16 M. als statutenmäßige Zantien, 27 000 M. an die Aktionäre als 6 % Dividende wie im Vorjahre zur Auszahlung kommen und 6570,33 M. auf neue Rechnung vortragen werden sollen.
 * Die Mechanische Treibriemenweberei und Seilfabrik Gustav Kunz, Aktiengesellschaft, erzielte, wie uns von maßgebender Seite mitgeteilt wird, im verfloffenen Jahre eine Fakturierung von 976 022,88 M. gegen 918 693,04 M. im Jahre 1900.

* In der gestrigen Ausschüttungsfeier der Sächsischen Diebstahlbank in Dresden wurde der Rechnungabschluß für 1901 vorgelegt. Es wurde beschloffen, nach Aufnahme reichlicher Abschreibungen und Rücklage die Verteilung einer Dividende von 5 % in Vorschlag zu bringen. Die Generalversammlung soll bereits Anfang März abgehalten werden.
 * Die Ausfuhr Deutschlands nach Cuba hat sich, seitdem die Insel in amerikanischen Besitz übergegangen ist, außerordentlich gehoben, weil die deutschen Waren jetzt keinem Differenzialzoll mehr, wie unter der spanischen Herrschaft, unterliegen, sondern mit allen anderen, die amerikanischen eingeduldet, gleichmäßig behandelt werden. Die amerikanischen Einfuhrzölle sind dadurch allerdings beunruhigt und führen die Zunahme des deutschen Handels auf Cuba auf das Verschwinden direkter Dampferlinien zurück. Auf ihre Anregung hin ist nun auch eine direkte Dampferlinie von New-York nach Havana errichtet worden, deren Schiffe auch die Zuckerfabriken, die der Sidiptje Floridas gegenüber liegen, Matanzas und Cardenas, anlaufen.

* Dividenden und Geschäftsergebnisse. Von den betreffenden Aufsichtsräten und Vorständen der nachfolgenden Aktiengesellschaften wurden Dividenden vorgelegt: Rheinische Spiegelglasfabrik Edm. u. W. in Ratingen, 4 % Dividende, gegen 12 % im Vorjahre; Leipziger Feuerversicherungsbank, 27 1/2 % Dividende; Bank für Handel und Gewerbe, Bremen, 6 % Dividende, gegen 7 % im Vorjahre; Württembergische Hypothekensbank, 7 1/2 % Dividende; Kommerzbank in Albstadt, Reingewinn 226 984 M., 6 1/2 % Dividende, gegen 7 1/2 % im Vorjahre; Hildesheimer Bank, Reingewinn 662 459 M., wieder 7 % Dividende; Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank in Köln, 6 % Dividende; Bodener Bank, 5 % Dividende, gegen 6 1/2 % im Vorjahre; Nordhäuser Bank, Reingewinn 139 916 M., 7 1/2 % Dividende; Deutsche Palästina-Bank, 5 % Dividende.
 * Teplitz. Auf den nordböhmischen Kohlenwerken ist eine 25 bis 30 %ige Förderungseinschränkung eingetreten. Auf sämtlichen Schächten sind Feuerschichten eingelegt.
 * London. Am 10. d. Mts. nimmt die Bank von England Zeichnungen auf 1 Mill. Pfund Sterl. jeßmonatliche Schatzwechsel entgegen.

Eingefandtes.

„Sie macht die Haut weich und geschmeidig, und dürfte Weiden, welche an spröder, zum Aufspringen neigender Haut leiden, die
 Prof. Wagner-Folin - Trisur
 sehr zu empfehlen sein“; so schreibt ein erfahrener Arzt. Sie ist in Folge des Hydratolgehalts die beste hygienische Toilette. Ueberall, auch in den Apotheken, erhältlich. 1011

Klein als Gäste gegeben. — Sonntag nachmittags 1/4 Uhr wird Hr. Adalbert Matkowski vielfachen Wünschen entsprechend noch einmal von Berlin herüberkommen und den „Kran“ spielen. Die Vorstellung findet bei gewöhnlichen Abendstapfenpreisen statt. Die letzte Wiederholung des Märchers „Der Edelweisskönig“ geht am Mittwoch, den 12. d. Mts., nachmittags 1/4 Uhr in Scene.
 * Anlässlich des Gesellschaftsabends der Mitglieder der Königl. Hoftheater sollen die Wandelgänge im Vereinshaufe zu einem beachtlichen Foyer umgestaltet werden. Die künstlerische Aus schmückung liegt in den Händen des Hoftheatermalers Ried. Mit Genehmigung der Königl. Generaldirektion wird dabei die Künstlergalerie Verwendung finden, die sonst im großen Besahle des Königl. Opernhauses ein zurückgezojenes Dafein führt und zahlreiche Gemälde früherer Kunstgößen der Dresdner Hofbühne aufweist: Danjion, Emil Deorient, Schröder-Devrient, Friedr. W. North und viele andere. Die Listen sind, soweit die Festteilnehmer für die Tafel in Frage kommen, schon seit mehreren Tagen überzeichnet; Karten mit Tafelkarten sind daher nur in dem Falle noch zu vergeben, daß bereits bestellte Karten nicht abgeholt werden sollten. Auch die Tribünenliste sind fast ganz begriffen; Balkonplätze stehen nur noch in geringer Anzahl zur Verfügung.

* Im Sonnabends-Symphoniekonzert der Trenzlerschen Kapelle im Gernerbehaufe kommen folgende Kompositionen zur Aufführung: Fest-Ouverture über den Choral „Ein feste Burg ist unser Gott“ von D. Nicolai; Bagio a. d. Dystord-Symphonie von J. Haydn; Bilder vom Rhein, Moderne Suite von B. Schumacher; Symphonie Nr. 5 B-dur von Franz Schubert (1. Mal); Musik zu einem Ritterball von S. van Beethoven; Larghetto für Klarinetten solo von W. A. Mozart (Hr. Schäfer); Einzug der Götter in Walhall a. d. Musikdrama „Das Rheingold“ von Rich. Wagner.

* Musiknachrichten. Fr. Charlotte Fuhr ist auf einer Konzertreise durch Schlesien erkrankt, und es kann infolgedessen ihr Wiedersehen am nächsten Montag nicht stattfinden. Näheres, wann dies geschieht, wird demnächst bekanntgegeben.

Königliches Opernhaus.
Aschermittwoch, den 12. Februar 1902.
 Mit Allerhöchster Genehmigung:
Grosses Concert
 zum Besten des Unterstützungsfonds für die Wittwen und Waisen
 der Königlichen musikalischen Kapelle.

Die Ausführung geschieht durch die **Königliche musikalische Kapelle** unter Leitung der Herren Generalmusikdirektor **Ernst v. Schuch** und Hofkapellmeister **Adolf Hagen**, sowie unter gütiger Mitwirkung der Herren **Siegfried Wagner**, Professor **Cesar Thomson** aus Brüssel und Königl. Sächs. Kammer-
 sänger **Karl Perron**.

1. **Sinfonie** (D-moll) von R. Schumann.
2. **Viertes Concert** von H. Vioutemps.
(Herr Professor Thomson).
3. Stücke aus der Oper „**Herzog Wildfang**“ von **Siegfried Wagner**:
 a) **Ouverture.**
 b) **Von Reinhardts junger Liebe**
(Herr Kammeränger Perron.)
 c) **Walzer.**
Unter Leitung des Componisten.
 Solostücke für Violine:
 a) **Adagio non troppo** von M. Bruch.
 b) **Fantasia non più mesta** von N. Paganini.
(Herr Professor Thomson.)
5. **Ouverture** zur Oper „Der fliegende
 Holländer“ von R. Wagner.
 Unter Leitung des Herrn **Siegfried Wagner**.

Der Billeterverkauf findet wie gewöhnlich statt. 1012

Freitag, den 7. Februar, 8 Uhr abends
Vortrag
 des Hrn. **Pastor Wagner** aus Zürich
 über
die lutherische Kirche in der Schweiz
 im großen Saal des Vereinshauses, Zingendorffstraße.
 Alle, welchen die Erhaltung der luth. Kirche in der Schweiz am
 Herzen liegt, sind hierdurch dazu freundlichst eingeladen.
Eintritt frei.
 D. Benz, Reg.-Rath Göt. P. Dr. Mollwitz,
 Graf Otto Bismarck v. Eckardt.

Circus Schumann
Dresden - Löbau.
 Morgen, Freitag, den 7. Februar, Abends 8 Uhr:
Benefiz und Abschieds-Vorstellung
 des berühmten Compteurs **Julius Seeth** mit seinen
 bestbesetzten 25 männlichen Löwen 25.
 Splendides Montre-Programm.
 Alles Nähere befragen die Tageszettel.
Sonnabend: Novitäten-Abend.
 Zum 1. Male:
Auf Helgoland, große hydrologische Ausstattungs-
 pantomime. **Circus unter Wasser.**
 Mehrere neue Debuts!

Musenhause - Maskenball
 heute, Donnerstag, am 6. Februar 1902.

KUNST-SALON ERNST ARNOLD
 Königl. Hofkunsthändler, Wilsdruffer Strasse.
 12. Febr. Schluss der
Böcklin-Ausstellung.
 Die Originale:
 Sommertag — Flora — Ruine am Meer — Der Krieg —
 Centaurenkampf — Malerei und Dichtung — Pan im Schilf —
 Bildnis von Frau Böcklin — Jagd der Diana etc. etc.
 Geöffnet 9—7, Sonntags 11—2.
 Eintritt M. 1.—, Jahreskarte M. 4.—. 985

Hôtel du Nord
 Bes. **Alwin Hensel**
 empfiehlt seine
vollständig renovierten Säle
 zur Abhaltung von
Hochzeiten, Familienfesten, Dinners etc.
 Franz. Küche. Pr. Referenzen. Weine nur erster Firmen.

Wasserstand der Elbe und Moldau.

	Budweis	Prag	Pardubitz	Reinitz	Leitmeritz	Dresden
5. Februar	+ 10	+ 16	+ 29	+ 16	+ 20	- 86
6. "	+ 10	+ 16	+ 15	+ 10	+ 5	- 97

Für die Redaktion verantwortlich: **Willy Doenges** in Dresden.

Sächsische Bodencreditanstalt.
 Gesamtbetrag der umlaufenden Hypotheken-
 Pfandbriefe am 31. Dezember 1901 M. 68 133 000.—
 Gesamtbetrag der am 31. Dezember 1901 in das
 Hypothekenregister eingetragenen Hypo-
 theken nach Abzug aller Winderungen 70 451 934.77.
 Dresden, den 5. Februar 1902. 1017

Hotel Stadt Gotha
Weinrestaurant
Austern prima
 Whitestable Natives
 und
 Holländer.
 Weinhandlung A. Kögel.

Emil Richters Kunst-Salon
 Königlicher Hofkunsthändler Prager Strasse.
Georg von Boddien:
Bildnis seiner Majestät des Königs.
 Bestimmt für das Ulanenregiment
 in Leipzig. 904

Geöffnet von 9—7 Uhr. Eintritt 50 Pf.
 Sonntags von 11—2 Uhr. **Neue Jahreskarte 1902: 3 Mark.**
Hohenzollernhof - Restaurant
 Breitestr. 5.
 Vornehmes Bier- u. Wein-Lokal
I. Ranges.
Specialität:
 Vorzügliche Küche bei kleinen Preisen.
Georg Dressel.

J. M. Schmidt & Co.
 Königl. Sächs. Hoflieferanten
 12 Neumarkt 12
 Fernsprecher I, 174.
Importen
 Bremer und Hamburger
Cigarren.

Feine Tafelbonbons
 Specialitäten erster auswärtiger
 Confiseurs.
 à Pfd M 3.—
 Neuheit: Wiener Confituren.
Schweizer Chocoladen:
 Kohler * Lindt * Suchard
 „Gala“ Peter.

Berufs-Vorbildung
 — Abteilungen für männliche und weibliche Befähigte —
 Okt. 1902 — 37. Schuljahr (73. und 74. Semester). Schulgeld-Tabellen und Stunden-Pläne für alle
 Abteilungen, persönl. Vorbeurteilungen und schriftliche Lehrplan-Entwürfe für jeden einzelnen Fall als Ergänzung
 persönlicher Verhandlung kostenlos. Gesuchen um schriftliche Auskunft oder um Zusendung von Druck-
 sachen sind Briefmarken für Rückporto beizufügen.
 I. **Handels- und Höhere Fortbildungsschule** (auf männliche Fortbildungsschule,
 Lehrjahrschule), Jahres- und Halbjahrs-Kurse für **Handels-Lehrlinge, Fortbildungsschul-**
pflichtige und solche **Schüler**, die für künftigen Beruf sich erst vorbereiten sollen: 6 Lehrjahre
 (ministeriell genehmigte Pflichtfächer), jährlich 80 Mark Schulgeld; jährliche freiwillig hinzugegebene
 Lehrfach (Wahlfächer) jährlich 10 Mark Schulgeld mehr. Tages- oder Abend-Klassen. — Aufnahme Fort-
 bildungsschulpflichtiger, die mit Otho oder Michaelis einen Schulwechsel vornehmen (aus der bisher be-
 suchten Fortbildungsschule austreten) wollen.
 II. **Kontoristen-Schule** (handelswissenschaftliche Kurse für Erwachsene). Klassen für Studierende
 verschiedener Stände, Berufsarten und Altersstufen mit höherer und geringerer Vorbildung.
A. Für bejahrtere und jüngere Männer (Kaufleute, Fabrikanten, Gewerbe-
 treibende, Beamte, Militär verschiedener Dienstgrade usw.),
B. Für Frauen und Mädchen.
 In allen Abteilungen Jahres-, Halbjahrs- und für einzelne Fächer auch Vierteljahrs-Kurse in Tages-
 oder Abendklassen. Freie Auswahl der Lehrfächer; auf Wunsch Beratung und vorläufige Zusammenstellung
 geeigneter Lehrpläne für Fächer für verschiedene Lebensstellungen, Berufslaufbahnen und Berufszweige
 (Kontoristen, Korrespondenten, Buchhalter, Kassierer, Expedienten, Rechnungsführer, Stenographen, Maschin-
 schreiber usw.). — Schulgeld tabellarisch je nach Zahl der Fächer und Kursdauer.
 III. **Beamten-Schule.** Vorbereitung für Amtsprüfungen zum Eintritt in die Beamten
 Laufbahn (Staats- und Gemeinbedienst, Post- und Eisenbahn-Dienst usw.), ebenso für Prüfungen behufs
 Beförderung in die nächsthöhere Dienststelle und behufs Aufnahme in die technischen Staatslehranstalten,
 Baugewerkschulen, Wertmeterschulen, Ingenieurschulen, Lehrkassen, Industrieschulen usw.

Kleinich'sche Handels-Akademie und Höhere Fortbildungsschule
 Dresden A, Moritz-Str. 3. Telefon der Direktion 257
 195
 Direktion D. u. G. Kleinich

Preussische Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin.
 Bevollmächtigter für das Königreich Sachsen: **W. Voge** in Leipzig.
 Neu errichtete Agenturen:
 1. **Bautzen:** A. Ullig. 6. **Leipzig:** Heymer u. Co.
 2. **Döbeln:** F. W. Zimmermann. 7. **Wismar:** E. R. Köhl.
 3. **Dreitzschen:** F. D. Arnold. 8. **Birna:** Winkler u. Hensel.
 4. **Gröbzdorf:** M. Schreier. 9. **Nadeberg:** F. Schwebel.
 5. **Leipzig:** R. Meyer. 1014

Grell's Weinstuben
 Zahnsgasse 2, Ecke Seestr. 1018
Gesellschaftszimmer
Diners — Soupers
Feinste Küche

Braunschweiger und Thüringer Wurst-Fabrik
 Amt 1, 1334. **Julius Balder**
Marschallstr. 16.
 Anerkannt vorzüglichste Fleisch- und Wurst-Waren, Schinken,
 Mässige Preise! Aufschnitt etc. Mässige Preise!

Panorama international.
 Wegen vorgerückter Saison
 verkaufe
Winter-Paletots
 und **Jackets**
 sowie
Abend-Mäntel
 zu bedeutend reduzierten Preisen.
 Nur diesjährige Façons.
Mario Sandrock
 789 Waisenhausstr. 4.
Wäsche-Brautausstattungen
 im Preise von Mk 266, 509,
 755 und höher. Preisver-
 zeichnis frei.
Marg. Stephan,
 Dresden, Breitstr. 4.

Garda-See
 Ober-Italien.
 Eintritt 20 Pf. Kinder 10 Pf. 404
Braut-
Wäsche-Ausstattungen
 liefert
 in jeder Preislage
 und
 tadelloser Ausführung
PAUL STARKE
 5 Schloss-Strasse.
 Anschläge und Preislisten
 stehen bereitwilligst zu
 Diensten.
Mässige Preise.

Waschi che
 Waschserrives
 Frisierlampen
 Leckenzangen
 Frisierkämme
 F. Bernh. Lange
 Amalienstr. 1009

Max Julius Hauschild
Margarete Hauschild
 geb. Sieber
 Vermählte.
Hohensichte — Stuttgart
 am 3. Februar 1902.
 Hierzu zwei Beilagen und Landtagsbeilage Nr. 26.

rente betreffend. (Drucksache
 Nr. 49) 5. Antrag zum münd-
 lichen Bericht der vierten Depu-
 tation, die Petition des pen-
 sionierten Chauffeurs Johann
 Gotlob Damm in Dresden um
 Pensionserhöhung betreffend.
 (Drucksache Nr. 50.)
II. Kammer. 39. öffentliche
 Sitzung Freitag, den 7. Februar
 1902, vormittags 10 Uhr.
 Schlussberatung über den schrift-
 lichen Bericht der Finanzdeputa-
 tion B über Titel 51 des
 außerordentlichen Staatshaushalts-
 Etats für 1902/03, Bau
 einer normalspurigen Nebenbahn
 von Chemnitz nach Chemnitz-
 Thal nach Weiskirchen (Nach-
 schick) betreffend. (Drucksache
 Nr. 69.)

Tageskalender.
Freitag, den 7. Februar.
Königliches Opernhaus.
 (Altstadt).
Fünftes Synchron-Konzert.
 Serie B. Anfang 7 Uhr. Ende
 gegen 10 Uhr.
 Sonnabend: **Par und Zimmer-**
mann. Komische Oper in drei
 Akten. Musik von Albert Sorjng.
 (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Königliches Schauspielhaus.
 (Neustadt).
Johannes. Tragödie in fünf
 Akten und einem Vorspiel von
 Sudermann. Anfang 7 Uhr. Ende
 gegen 10 Uhr.
 Sonnabend: **Des Paktors**
Hefe. Eine Komödie in drei
 Akten. Musik von E. Schalkner.
 (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Reizendtheater.
 Gastspiel Jenny Groß und Adolf
 Klein vom Lesing-Theater in
 Berlin: **Die Fee Caprice.** Lust-
 spiel in drei Akten von Oscar
 Blumenthal. Marion — Jenny
 Groß als Gast. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Ende 10 Uhr.

Central-Theater.
 Täglich Variétés-Vorstellung.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Victoria-Salon.
 Anfang 7 1/2 Uhr. 1
 Sonntags 1/4 und 1/2 Uhr.

Familiennachrichten.
Geboren: Ein Knabe: Hrn.
 Paul Schwalbe in Hamburg; Hrn.
 Oberpostdirektions-Sekretär Veitert
 in Leipzig. — Ein Mädchen: Hrn.
 Staatsanwalt Schlegel in Leipzig;
 Hrn. Georg Böhmig in Leipzig;
 Hrn. Bezirkssteuer-Assistent Max
 Quatner in Chemnitz.
Verlobt: Hr.arrer Theodor
 Bunde, P. des. der deutlichen evang.
 Gemeinde zu Balbivia (Chile), mit
 Fräul. Clara Gählig in Wilmshaus bei
 Luda.
Vermählt: Hr. Dr. med. Max
 Weinrich in Berlin mit Fräul. Bini
 Schuster in Dresden.
Gestorben: Hr. Friedrich Wil-
 helm Naumann, Königl. Sächs.
 Bahnmeister a. D. (89 J.) in Pirna;
 Frau Auguste Clara Liebold geb.
 Dufsmann (84 J.) in Dresden; Hr.
 Friedrich Victor Hulanitzki, Königl.
 Hofstoch. a. D. in Dresden;
 Hr. Privatmann Hermann Ernst
 (69 J.) in Leipzig; Fräul. Pau-
 line Gräfer in Leipzig; Frau
 Theresie Müller geb. Damm (54 J.)
 in Leipzig; Hr. Friedrich August
 Rneif, Oberlehrer an der XI. Bürger-
 schule zu Leipzig-Gohlfis (66 J.);
 Frau Auguste Louise Köstler geb.
 Böh (61 J.) in Leipzig; Hr.
 Fabrikant Heinrich Richard Rob-
 frohna, Erhöhung seiner Unfall-
 (54 J.) in Plauen i. S.

Deutscher Reichstag.

135. Sitzung, Mittwoch, 5. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner.

Präsident Graf Ballestrem eröffnete die Sitzung. Die zweite Lesung des Etats wurde fortgesetzt beim Etat des Reichsamts des Innern, Kapitel „Reichsversicherungsamt“.

Ministerialdirektor Geh. Rat Caspar: Der Abg. Stadthagen hat gestern Bescheid darüber gefasst, daß für die ehrenamtliche Tätigkeit in den Berufsvereinigungen vielfach hohe Summen gezahlt würden. Es ist aber doch zu bedenken, daß es sich im ganzen um 1100 Personen handelt, die 286 000 M. beziehen. Das ist doch gewiß ein bescheidenes Entgelt der Reihe- und sonstiger Kosten. Die Bezüge werden ja auch allein von den Unternehmern aufgebracht. Wie man gegen die Unfallschäden Vorwärtse erheben kann, verheißt ich nicht. Die Statistik wird von dem mit allen Kanälen ausgerüsteten Reichsversicherungsamt ausgeführt. Ich möchte nicht, wie man objektiv vorgehen könnte.

Abg. Dr. Hertel (Kons.): Ich glaube dem Abg. Stadthagen nicht zu nahe zu treten, wenn ich sage, daß er sich von jeher bemüht hat, uns an Uebertreibungen zu gewöhnen; was er gestern aber gesagt hat, dürfte selbst den gewiegtesten Kenner Stadthagen'scher Maße und Metereol überlassen. Hr. Stadthagen hat gesagt, die Knochen der Arbeiter würden benutzt, um die Kerze zu Salzfäden des Unternehmertums zu degradieren. Ich habe die Pflicht, diese Angriffe gegen einen ehrenwerten Stand zurückzuweisen. Mit dieser Bemerkung erreicht Hr. Stadthagen die Grenze, jenseits deren selbst Abgebildete von seiner Qualität nicht mehr erkannt werden können. Er hat dann gesagt, die Prämie des Unternehmertums steige mit der Zahl der Unfälle; es würden Millionen von Mark durch die Versicherung der Arbeitgeber zugeführt, die Gewinne fließen aus den Knochen und dem Blute der Arbeiter in die Taschen der Arbeitgeber. Er will seine Behauptungen dadurch beweisen, daß eine Differenz bestünde zwischen den Leistungen der Berufsvereinigungen an die Verletzten und den Leistungen einer idealen nach lex Stadthagen zu errichtenden Kasse. Für diese Leistung würde der Abg. Stadthagen in den Sophistenschulen des Klaffischen oder den talambudischen Schulen des sibyllischen Altertums den ersten Preis erzielen. Der alte Rhetoriker Adam Riese oder würde den Kopf dazu schüteln. Wir geben zu, daß die Unfälle absolut — nicht relativ — an Zahl zugenommen haben, und wir suchen sie zu mindern, aber keine Angabe, die Statistik darüber seitens der Berufsvereinigungen, kann nicht bestimmen. Sollte Hr. Stadthagen im Zukunftsstaat als Sekretär des Innern (Geheimrat) eine solche Statistik besser machen, er würde den Kopf schüteln. Die übergroße Arbeitszeit kann höchstens als indirekte Ursache von Unfällen angesehen werden, es werden aber in der Statistik nur die direkten Ursachen angeführt, man kann also die Ermittlung der Arbeitszeit nicht anerkennen. Die Unachtsamkeit bei der Arbeit, wodurch viele Unfälle entstehen, kann nur den Arbeitern, nicht wie Hr. Stadthagen will, den Arbeitgebern zugeschrieben werden. An Beaufsichtigung der Arbeit zum Zwecke der Unfallverhütung lassen sich ramentlich die landlichen Arbeitgeber nicht fehlen. Freilich, an Unfällen wird es nie fehlen. Tatsächlich nehmen die Unfälle, wie auch der Abg. Stadthagen sagt, mit dem Lebensalter der Arbeiter zu. Auch das genauere Bekanntwerden der Unfälle läßt die Zahl der Unfälle größer erscheinen, als früher. Das provokatorische Auftreten des Abg. Stadthagen machte diese Entgegnung notwendig, zum Worte gemeldet habe ich mich eigentlich nur, um auf die Angriffe gegen Hrn. Fehlich zu antworten. Auch wir sind dagegen, daß all die Vorsitzenden der Berufsvereinigungen Gehälter gezahlt werden, andererseits müssen doch die Reisetkosten und andere Ausgaben erlegt werden. Es ist unwahr, daß Hr. Fehlich 12 000 bis 15 000 M. Gehalt bekommt, er hat durchschnittlich im Jahre 700 M. Reiseausgaben erhalten. Daß da von einem hohen Gehalt keine Rede sein kann, wird jeder begreifen, wenn er dazu fähig ist. Es muß hier antworten den Verdächtigungen entgegengetreten werden, einen antebelligen Ehrenmann unter dem Schutze der Humanität bloßzustellen. Gewiß kann der Herr Stadthagen in gutem Glauben unterlaufen sein. Aber das Sprichwort sagt: errare humanum est — in errore perseverare stultum est. Das Aktivenstulium scheint mir in diesem Falle noch ein zu milder Ausdruck zu sein. Ein Abgeordneter der nicht genau prüft, was er vorbringt, verstoßt gegen die Würde des Hauses. (Beifall rechts.)

Abg. Hübner (N.): Hr. Stadthagen bezeichnet die Unfallschäden als unheimlich. Demgegenüber muß ich feststellen, daß die Statistik mit größter Unparteilichkeit ausgeführt worden ist. Das Vorgehen des Hrn. Dr. Blasius beweist ich auch aus schärfster. Die Höhe erreichte die Rede des Hrn. Stadthagen in der Behauptung: Die Unfälle müssen wachsen, weil bei jedem Unfall die Berufsvereinigungen einen Vorteil hat. Damit ist gesagt, daß die Unternehmern das Fährgeheim, um die Zahl der Unfälle zu steigern. Wir fehlt die parlamentarische Bezeichnung für solche Verneinerungen. Hr.

Stadthagen fordert den achtsündigen Arbeitstag; ich bin überzeugt, wenn er eingeführt wird, ist Hr. Stadthagen der erste, der den sechs- und siebenstündigen Arbeitstag fordert. Hr. Stadthagen hat ferner erklärt, daß die Löhne der Berufsvereinigungen sehr gering wären. Er hat seinen Angaben die Statistik von 1886 bis 1900 zu Grunde gelegt, er hätte uns lieber sagen sollen, wie hoch die Löhne jetzt sind und in den nächsten Jahren sein werden. Hr. Stadthagen selbst sprach davon, daß die Angehörigen der Arbeiter an vielen Unfällen schuld sei. Wenn wir aber Beschränkungen einführen wollen, wie die Beschränkungen sind, die Herren nicht zu haben. Ein Hauptgrund für die Steigerung der Unfallschäden ist, daß die Angehörigen der Arbeiter, was man früher überhaupt nicht beachtet hat. Ich wünsche, daß die Unfallversicherung möglichst wohlwollend ausgelegt wird. (Beifall.)

Abg. Hübner (N.): Die Unfallversicherungsgesetze machen wir vor allen Dingen die Vorwärtse, daß nach seinen Vorschriften die erlittenen Schäden viel geringere Beseitigung erfahren, als er ihnen sonst; das ist eine durch nichts gerechtfertigte Schiedsstellung der Arbeiter. Von Einzelheiten will ich mich besonders gegen die durchaus ungenügenden Unfallversicherungsvorschriften im Bauwesen wenden; zur Abhilfe in dringender Weise, daß beim Falle solcher Vorschriften Arbeiter mit herangezogen werden. Ist die nach unserer vorläufigen Interpellation zugelegte Untersuchung über das Verbleiben der Unfallverletzten und ihre Ursachen jetzt abgeschlossen? Bezüglich der Unfallverletzten und Unfällen gebe ich dem Hrn. Staatssekretär zu, daß sein Bemühen dahin geht, daß die Verletzten unabhängige Ärzte zuziehen, wo es sich um die Rentenfrage handelt, aber so lange es Ärzte gibt, die von der Krankenkasse abhängen, werden sie ohne weiteres den Arbeitern ungenügend stellen. Dagegen kann dann auch ein anderer Arzt etwas machen. Ein Teil der Berufsvereinigungen umgeht, wie wir in einem Spezialfalle bekannt geworden ist, die Bestimmungen des Gesetzes; sie erklären nämlich, sie seien nicht verpflichtet, ein Gutachten von anderen als den Vertrauensärzten entgegenzunehmen; das Schiedsgericht schloß sich dem an und erklärte sogar, dies sei die Pflicht aller Berufsvereinigungen in Deutschland. Allerdings wurde dem Reichsversicherungsamt ein anderer Standpunkt eingenommen, aber der entgegengesetzte Standpunkt nicht ausdrücklich zurückgewiesen. Die Verletzung hat ihre große Schwierigkeit darin, daß es uns an wirtschaftlich unabhängigen Ärzten fehlt. Bei den Wahlen von Arbeiterberufsgenossenschaften der Vorstand der Berufsvereinigungen in mehreren Fällen herausgenommen, dem Ausschusse eine bestimmte Liste von Arbeitern zur Wahl zu stellen; dies Verfahren ist aber durchaus unzulässig. Der Grund zu allen Beschwerden über die Verwaltung der Berufsvereinigungen, von denen ich nur wenige herausgriff, liegt darin, daß die Arbeiter nicht genügend zu diesen Organisationen zugezogen werden.

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner: Ich meine, daß die Angriffe des Abg. Hübner gegen die Entlastung des Reichsversicherungsamtes über die Verwaltung der Berufsvereinigungen hinsichtlich sind. Diese Organisationen sind so umfangreich, daß sie einer Staatsaufsicht bedürfen, schon im Interesse der einheitlichen Verwaltung. Die Kassen- und Geldverwaltungsarbeiten der Berufsvereinigungen müssen bürokratisch geregelt sein. Die zweifelhafte Annahme der Unfälle im landwirtschaftlichen Gewerbe liegt nicht an der Zunahme der Gefährlichkeit der Betriebe, sondern daran, daß jeder Unfall jetzt, wo die Bestimmungen in immer weitere Kreise dringen, viel sorgfältiger festgehalten wird. Der schärfste Beweis dafür liegt darin, daß Tausende von Unfällen jetzt angemeldet werden, die vor Jahren vorliefen, als den Verletzten ihr Rentenanspruch noch nicht bekannt war. Mit außerordentlichen Leistungen müssen die Kassen freilich dann um so vorsichtiger sein. Die Einkommensformen von Vorständen von Berufsvereinigungen müssen nach den Gehältern der gleichwertigen Kommunalbeamten bemessen werden. Die vom Abg. Hübner erwähnte Verbindung von Unfällen in Betriebsunfällen, was ja die Betriebsräte gelehrt, ist zuerst Sache Preussens, die anderen Bundesstaaten sind an dieser Sache weniger beteiligt; Preußen hat schon solche Unfallverletzten-Vorschriften ausgearbeitet, aber sie sind von technischer Seite bemängelt worden. Die Abweisung der Renten durch Kapitalbindung liegt nicht im Interesse der Verletzten, es ist höchst bedenklich, daß die Leute eine für sie bedeutende Menge Geld in die Hand bekommen; das geben sie aus und haben dann nichts. Ich lege den Wunsch, daß das Recht der Arbeiter, Privatärzte zur Abklärung der erlittenen Schäden zuzuziehen, in möglichst großem Umfange ausgeübt werde. In der Tat werden noch einer vom Reichsversicherungsamt mir zugegangenen Mitteilung immer die wichtigsten Ärzte zugezogen, durchaus nicht immer Vertrauensärzte der Kassen.

Abg. Hübner (N.): Hr. Stadthagen bezeichnet die Unfallschäden als unheimlich. Demgegenüber muß ich feststellen, daß die Statistik mit größter Unparteilichkeit ausgeführt worden ist. Das Vorgehen des Hrn. Dr. Blasius beweist ich auch aus schärfster. Die Höhe erreichte die Rede des Hrn. Stadthagen in der Behauptung: Die Unfälle müssen wachsen, weil bei jedem Unfall die Berufsvereinigungen einen Vorteil hat. Damit ist gesagt, daß die Unternehmern das Fährgeheim, um die Zahl der Unfälle zu steigern. Wir fehlt die parlamentarische Bezeichnung für solche Verneinerungen. Hr.

Stadthagen fordert den achtsündigen Arbeitstag; ich bin überzeugt, wenn er eingeführt wird, ist Hr. Stadthagen der erste, der den sechs- und siebenstündigen Arbeitstag fordert. Hr. Stadthagen hat ferner erklärt, daß die Löhne der Berufsvereinigungen sehr gering wären. Er hat seinen Angaben die Statistik von 1886 bis 1900 zu Grunde gelegt, er hätte uns lieber sagen sollen, wie hoch die Löhne jetzt sind und in den nächsten Jahren sein werden. Hr. Stadthagen selbst sprach davon, daß die Angehörigen der Arbeiter an vielen Unfällen schuld sei. Wenn wir aber Beschränkungen einführen wollen, wie die Beschränkungen sind, die Herren nicht zu haben. Ein Hauptgrund für die Steigerung der Unfallschäden ist, daß die Angehörigen der Arbeiter, was man früher überhaupt nicht beachtet hat. Ich wünsche, daß die Unfallversicherung möglichst wohlwollend ausgelegt wird. (Beifall.)

Abg. Hübner (N.): Die Unfallversicherungsgesetze machen wir vor allen Dingen die Vorwärtse, daß nach seinen Vorschriften die erlittenen Schäden viel geringere Beseitigung erfahren, als er ihnen sonst; das ist eine durch nichts gerechtfertigte Schiedsstellung der Arbeiter. Von Einzelheiten will ich mich besonders gegen die durchaus ungenügenden Unfallversicherungsvorschriften im Bauwesen wenden; zur Abhilfe in dringender Weise, daß beim Falle solcher Vorschriften Arbeiter mit herangezogen werden. Ist die nach unserer vorläufigen Interpellation zugelegte Untersuchung über das Verbleiben der Unfallverletzten und ihre Ursachen jetzt abgeschlossen? Bezüglich der Unfallverletzten und Unfällen gebe ich dem Hrn. Staatssekretär zu, daß sein Bemühen dahin geht, daß die Verletzten unabhängige Ärzte zuziehen, wo es sich um die Rentenfrage handelt, aber so lange es Ärzte gibt, die von der Krankenkasse abhängen, werden sie ohne weiteres den Arbeitern ungenügend stellen. Dagegen kann dann auch ein anderer Arzt etwas machen. Ein Teil der Berufsvereinigungen umgeht, wie wir in einem Spezialfalle bekannt geworden ist, die Bestimmungen des Gesetzes; sie erklären nämlich, sie seien nicht verpflichtet, ein Gutachten von anderen als den Vertrauensärzten entgegenzunehmen; das Schiedsgericht schloß sich dem an und erklärte sogar, dies sei die Pflicht aller Berufsvereinigungen in Deutschland. Allerdings wurde dem Reichsversicherungsamt ein anderer Standpunkt eingenommen, aber der entgegengesetzte Standpunkt nicht ausdrücklich zurückgewiesen. Die Verletzung hat ihre große Schwierigkeit darin, daß es uns an wirtschaftlich unabhängigen Ärzten fehlt. Bei den Wahlen von Arbeiterberufsgenossenschaften der Vorstand der Berufsvereinigungen in mehreren Fällen herausgenommen, dem Ausschusse eine bestimmte Liste von Arbeitern zur Wahl zu stellen; dies Verfahren ist aber durchaus unzulässig. Der Grund zu allen Beschwerden über die Verwaltung der Berufsvereinigungen, von denen ich nur wenige herausgriff, liegt darin, daß die Arbeiter nicht genügend zu diesen Organisationen zugezogen werden.

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner: Ich meine, daß die Angriffe des Abg. Hübner gegen die Entlastung des Reichsversicherungsamtes über die Verwaltung der Berufsvereinigungen hinsichtlich sind. Diese Organisationen sind so umfangreich, daß sie einer Staatsaufsicht bedürfen, schon im Interesse der einheitlichen Verwaltung. Die Kassen- und Geldverwaltungsarbeiten der Berufsvereinigungen müssen bürokratisch geregelt sein. Die zweifelhafte Annahme der Unfälle im landwirtschaftlichen Gewerbe liegt nicht an der Zunahme der Gefährlichkeit der Betriebe, sondern daran, daß jeder Unfall jetzt, wo die Bestimmungen in immer weitere Kreise dringen, viel sorgfältiger festgehalten wird. Der schärfste Beweis dafür liegt darin, daß Tausende von Unfällen jetzt angemeldet werden, die vor Jahren vorliefen, als den Verletzten ihr Rentenanspruch noch nicht bekannt war. Mit außerordentlichen Leistungen müssen die Kassen freilich dann um so vorsichtiger sein. Die Einkommensformen von Vorständen von Berufsvereinigungen müssen nach den Gehältern der gleichwertigen Kommunalbeamten bemessen werden. Die vom Abg. Hübner erwähnte Verbindung von Unfällen in Betriebsunfällen, was ja die Betriebsräte gelehrt, ist zuerst Sache Preussens, die anderen Bundesstaaten sind an dieser Sache weniger beteiligt; Preußen hat schon solche Unfallverletzten-Vorschriften ausgearbeitet, aber sie sind von technischer Seite bemängelt worden. Die Abweisung der Renten durch Kapitalbindung liegt nicht im Interesse der Verletzten, es ist höchst bedenklich, daß die Leute eine für sie bedeutende Menge Geld in die Hand bekommen; das geben sie aus und haben dann nichts. Ich lege den Wunsch, daß das Recht der Arbeiter, Privatärzte zur Abklärung der erlittenen Schäden zuzuziehen, in möglichst großem Umfange ausgeübt werde. In der Tat werden noch einer vom Reichsversicherungsamt mir zugegangenen Mitteilung immer die wichtigsten Ärzte zugezogen, durchaus nicht immer Vertrauensärzte der Kassen.

Stadthagen fordert den achtsündigen Arbeitstag; ich bin überzeugt, wenn er eingeführt wird, ist Hr. Stadthagen der erste, der den sechs- und siebenstündigen Arbeitstag fordert. Hr. Stadthagen hat ferner erklärt, daß die Löhne der Berufsvereinigungen sehr gering wären. Er hat seinen Angaben die Statistik von 1886 bis 1900 zu Grunde gelegt, er hätte uns lieber sagen sollen, wie hoch die Löhne jetzt sind und in den nächsten Jahren sein werden. Hr. Stadthagen selbst sprach davon, daß die Angehörigen der Arbeiter an vielen Unfällen schuld sei. Wenn wir aber Beschränkungen einführen wollen, wie die Beschränkungen sind, die Herren nicht zu haben. Ein Hauptgrund für die Steigerung der Unfallschäden ist, daß die Angehörigen der Arbeiter, was man früher überhaupt nicht beachtet hat. Ich wünsche, daß die Unfallversicherung möglichst wohlwollend ausgelegt wird. (Beifall.)

Abg. Hübner (N.): Die Unfallversicherungsgesetze machen wir vor allen Dingen die Vorwärtse, daß nach seinen Vorschriften die erlittenen Schäden viel geringere Beseitigung erfahren, als er ihnen sonst; das ist eine durch nichts gerechtfertigte Schiedsstellung der Arbeiter. Von Einzelheiten will ich mich besonders gegen die durchaus ungenügenden Unfallversicherungsvorschriften im Bauwesen wenden; zur Abhilfe in dringender Weise, daß beim Falle solcher Vorschriften Arbeiter mit herangezogen werden. Ist die nach unserer vorläufigen Interpellation zugelegte Untersuchung über das Verbleiben der Unfallverletzten und ihre Ursachen jetzt abgeschlossen? Bezüglich der Unfallverletzten und Unfällen gebe ich dem Hrn. Staatssekretär zu, daß sein Bemühen dahin geht, daß die Verletzten unabhängige Ärzte zuziehen, wo es sich um die Rentenfrage handelt, aber so lange es Ärzte gibt, die von der Krankenkasse abhängen, werden sie ohne weiteres den Arbeitern ungenügend stellen. Dagegen kann dann auch ein anderer Arzt etwas machen. Ein Teil der Berufsvereinigungen umgeht, wie wir in einem Spezialfalle bekannt geworden ist, die Bestimmungen des Gesetzes; sie erklären nämlich, sie seien nicht verpflichtet, ein Gutachten von anderen als den Vertrauensärzten entgegenzunehmen; das Schiedsgericht schloß sich dem an und erklärte sogar, dies sei die Pflicht aller Berufsvereinigungen in Deutschland. Allerdings wurde dem Reichsversicherungsamt ein anderer Standpunkt eingenommen, aber der entgegengesetzte Standpunkt nicht ausdrücklich zurückgewiesen. Die Verletzung hat ihre große Schwierigkeit darin, daß es uns an wirtschaftlich unabhängigen Ärzten fehlt. Bei den Wahlen von Arbeiterberufsgenossenschaften der Vorstand der Berufsvereinigungen in mehreren Fällen herausgenommen, dem Ausschusse eine bestimmte Liste von Arbeitern zur Wahl zu stellen; dies Verfahren ist aber durchaus unzulässig. Der Grund zu allen Beschwerden über die Verwaltung der Berufsvereinigungen, von denen ich nur wenige herausgriff, liegt darin, daß die Arbeiter nicht genügend zu diesen Organisationen zugezogen werden.

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner: Ich meine, daß die Angriffe des Abg. Hübner gegen die Entlastung des Reichsversicherungsamtes über die Verwaltung der Berufsvereinigungen hinsichtlich sind. Diese Organisationen sind so umfangreich, daß sie einer Staatsaufsicht bedürfen, schon im Interesse der einheitlichen Verwaltung. Die Kassen- und Geldverwaltungsarbeiten der Berufsvereinigungen müssen bürokratisch geregelt sein. Die zweifelhafte Annahme der Unfälle im landwirtschaftlichen Gewerbe liegt nicht an der Zunahme der Gefährlichkeit der Betriebe, sondern daran, daß jeder Unfall jetzt, wo die Bestimmungen in immer weitere Kreise dringen, viel sorgfältiger festgehalten wird. Der schärfste Beweis dafür liegt darin, daß Tausende von Unfällen jetzt angemeldet werden, die vor Jahren vorliefen, als den Verletzten ihr Rentenanspruch noch nicht bekannt war. Mit außerordentlichen Leistungen müssen die Kassen freilich dann um so vorsichtiger sein. Die Einkommensformen von Vorständen von Berufsvereinigungen müssen nach den Gehältern der gleichwertigen Kommunalbeamten bemessen werden. Die vom Abg. Hübner erwähnte Verbindung von Unfällen in Betriebsunfällen, was ja die Betriebsräte gelehrt, ist zuerst Sache Preussens, die anderen Bundesstaaten sind an dieser Sache weniger beteiligt; Preußen hat schon solche Unfallverletzten-Vorschriften ausgearbeitet, aber sie sind von technischer Seite bemängelt worden. Die Abweisung der Renten durch Kapitalbindung liegt nicht im Interesse der Verletzten, es ist höchst bedenklich, daß die Leute eine für sie bedeutende Menge Geld in die Hand bekommen; das geben sie aus und haben dann nichts. Ich lege den Wunsch, daß das Recht der Arbeiter, Privatärzte zur Abklärung der erlittenen Schäden zuzuziehen, in möglichst großem Umfange ausgeübt werde. In der Tat werden noch einer vom Reichsversicherungsamt mir zugegangenen Mitteilung immer die wichtigsten Ärzte zugezogen, durchaus nicht immer Vertrauensärzte der Kassen.

Abg. Hübner (N.): Hr. Stadthagen bezeichnet die Unfallschäden als unheimlich. Demgegenüber muß ich feststellen, daß die Statistik mit größter Unparteilichkeit ausgeführt worden ist. Das Vorgehen des Hrn. Dr. Blasius beweist ich auch aus schärfster. Die Höhe erreichte die Rede des Hrn. Stadthagen in der Behauptung: Die Unfälle müssen wachsen, weil bei jedem Unfall die Berufsvereinigungen einen Vorteil hat. Damit ist gesagt, daß die Unternehmern das Fährgeheim, um die Zahl der Unfälle zu steigern. Wir fehlt die parlamentarische Bezeichnung für solche Verneinerungen. Hr.

Stadthagen fordert den achtsündigen Arbeitstag; ich bin überzeugt, wenn er eingeführt wird, ist Hr. Stadthagen der erste, der den sechs- und siebenstündigen Arbeitstag fordert. Hr. Stadthagen hat ferner erklärt, daß die Löhne der Berufsvereinigungen sehr gering wären. Er hat seinen Angaben die Statistik von 1886 bis 1900 zu Grunde gelegt, er hätte uns lieber sagen sollen, wie hoch die Löhne jetzt sind und in den nächsten Jahren sein werden. Hr. Stadthagen selbst sprach davon, daß die Angehörigen der Arbeiter an vielen Unfällen schuld sei. Wenn wir aber Beschränkungen einführen wollen, wie die Beschränkungen sind, die Herren nicht zu haben. Ein Hauptgrund für die Steigerung der Unfallschäden ist, daß die Angehörigen der Arbeiter, was man früher überhaupt nicht beachtet hat. Ich wünsche, daß die Unfallversicherung möglichst wohlwollend ausgelegt wird. (Beifall.)

Abg. Hübner (N.): Die Unfallversicherungsgesetze machen wir vor allen Dingen die Vorwärtse, daß nach seinen Vorschriften die erlittenen Schäden viel geringere Beseitigung erfahren, als er ihnen sonst; das ist eine durch nichts gerechtfertigte Schiedsstellung der Arbeiter. Von Einzelheiten will ich mich besonders gegen die durchaus ungenügenden Unfallversicherungsvorschriften im Bauwesen wenden; zur Abhilfe in dringender Weise, daß beim Falle solcher Vorschriften Arbeiter mit herangezogen werden. Ist die nach unserer vorläufigen Interpellation zugelegte Untersuchung über das Verbleiben der Unfallverletzten und ihre Ursachen jetzt abgeschlossen? Bezüglich der Unfallverletzten und Unfällen gebe ich dem Hrn. Staatssekretär zu, daß sein Bemühen dahin geht, daß die Verletzten unabhängige Ärzte zuziehen, wo es sich um die Rentenfrage handelt, aber so lange es Ärzte gibt, die von der Krankenkasse abhängen, werden sie ohne weiteres den Arbeitern ungenügend stellen. Dagegen kann dann auch ein anderer Arzt etwas machen. Ein Teil der Berufsvereinigungen umgeht, wie wir in einem Spezialfalle bekannt geworden ist, die Bestimmungen des Gesetzes; sie erklären nämlich, sie seien nicht verpflichtet, ein Gutachten von anderen als den Vertrauensärzten entgegenzunehmen; das Schiedsgericht schloß sich dem an und erklärte sogar, dies sei die Pflicht aller Berufsvereinigungen in Deutschland. Allerdings wurde dem Reichsversicherungsamt ein anderer Standpunkt eingenommen, aber der entgegengesetzte Standpunkt nicht ausdrücklich zurückgewiesen. Die Verletzung hat ihre große Schwierigkeit darin, daß es uns an wirtschaftlich unabhängigen Ärzten fehlt. Bei den Wahlen von Arbeiterberufsgenossenschaften der Vorstand der Berufsvereinigungen in mehreren Fällen herausgenommen, dem Ausschusse eine bestimmte Liste von Arbeitern zur Wahl zu stellen; dies Verfahren ist aber durchaus unzulässig. Der Grund zu allen Beschwerden über die Verwaltung der Berufsvereinigungen, von denen ich nur wenige herausgriff, liegt darin, daß die Arbeiter nicht genügend zu diesen Organisationen zugezogen werden.

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner: Ich meine, daß die Angriffe des Abg. Hübner gegen die Entlastung des Reichsversicherungsamtes über die Verwaltung der Berufsvereinigungen hinsichtlich sind. Diese Organisationen sind so umfangreich, daß sie einer Staatsaufsicht bedürfen, schon im Interesse der einheitlichen Verwaltung. Die Kassen- und Geldverwaltungsarbeiten der Berufsvereinigungen müssen bürokratisch geregelt sein. Die zweifelhafte Annahme der Unfälle im landwirtschaftlichen Gewerbe liegt nicht an der Zunahme der Gefährlichkeit der Betriebe, sondern daran, daß jeder Unfall jetzt, wo die Bestimmungen in immer weitere Kreise dringen, viel sorgfältiger festgehalten wird. Der schärfste Beweis dafür liegt darin, daß Tausende von Unfällen jetzt angemeldet werden, die vor Jahren vorliefen, als den Verletzten ihr Rentenanspruch noch nicht bekannt war. Mit außerordentlichen Leistungen müssen die Kassen freilich dann um so vorsichtiger sein. Die Einkommensformen von Vorständen von Berufsvereinigungen müssen nach den Gehältern der gleichwertigen Kommunalbeamten bemessen werden. Die vom Abg. Hübner erwähnte Verbindung von Unfällen in Betriebsunfällen, was ja die Betriebsräte gelehrt, ist zuerst Sache Preussens, die anderen Bundesstaaten sind an dieser Sache weniger beteiligt; Preußen hat schon solche Unfallverletzten-Vorschriften ausgearbeitet, aber sie sind von technischer Seite bemängelt worden. Die Abweisung der Renten durch Kapitalbindung liegt nicht im Interesse der Verletzten, es ist höchst bedenklich, daß die Leute eine für sie bedeutende Menge Geld in die Hand bekommen; das geben sie aus und haben dann nichts. Ich lege den Wunsch, daß das Recht der Arbeiter, Privatärzte zur Abklärung der erlittenen Schäden zuzuziehen, in möglichst großem Umfange ausgeübt werde. In der Tat werden noch einer vom Reichsversicherungsamt mir zugegangenen Mitteilung immer die wichtigsten Ärzte zugezogen, durchaus nicht immer Vertrauensärzte der Kassen.

Abg. Hübner (N.): Hr. Stadthagen bezeichnet die Unfallschäden als unheimlich. Demgegenüber muß ich feststellen, daß die Statistik mit größter Unparteilichkeit ausgeführt worden ist. Das Vorgehen des Hrn. Dr. Blasius beweist ich auch aus schärfster. Die Höhe erreichte die Rede des Hrn. Stadthagen in der Behauptung: Die Unfälle müssen wachsen, weil bei jedem Unfall die Berufsvereinigungen einen Vorteil hat. Damit ist gesagt, daß die Unternehmern das Fährgeheim, um die Zahl der Unfälle zu steigern. Wir fehlt die parlamentarische Bezeichnung für solche Verneinerungen. Hr.

Stadthagen fordert den achtsündigen Arbeitstag; ich bin überzeugt, wenn er eingeführt wird, ist Hr. Stadthagen der erste, der den sechs- und siebenstündigen Arbeitstag fordert. Hr. Stadthagen hat ferner erklärt, daß die Löhne der Berufsvereinigungen sehr gering wären. Er hat seinen Angaben die Statistik von 1886 bis 1900 zu Grunde gelegt, er hätte uns lieber sagen sollen, wie hoch die Löhne jetzt sind und in den nächsten Jahren sein werden. Hr. Stadthagen selbst sprach davon, daß die Angehörigen der Arbeiter an vielen Unfällen schuld sei. Wenn wir aber Beschränkungen einführen wollen, wie die Beschränkungen sind, die Herren nicht zu haben. Ein Hauptgrund für die Steigerung der Unfallschäden ist, daß die Angehörigen der Arbeiter, was man früher überhaupt nicht beachtet hat. Ich wünsche, daß die Unfallversicherung möglichst wohlwollend ausgelegt wird. (Beifall.)

Abg. Hübner (N.): Die Unfallversicherungsgesetze machen wir vor allen Dingen die Vorwärtse, daß nach seinen Vorschriften die erlittenen Schäden viel geringere Beseitigung erfahren, als er ihnen sonst; das ist eine durch nichts gerechtfertigte Schiedsstellung der Arbeiter. Von Einzelheiten will ich mich besonders gegen die durchaus ungenügenden Unfallversicherungsvorschriften im Bauwesen wenden; zur Abhilfe in dringender Weise, daß beim Falle solcher Vorschriften Arbeiter mit herangezogen werden. Ist die nach unserer vorläufigen Interpellation zugelegte Untersuchung über das Verbleiben der Unfallverletzten und ihre Ursachen jetzt abgeschlossen? Bezüglich der Unfallverletzten und Unfällen gebe ich dem Hrn. Staatssekretär zu, daß sein Bemühen dahin geht, daß die Verletzten unabhängige Ärzte zuziehen, wo es sich um die Rentenfrage handelt, aber so lange es Ärzte gibt, die von der Krankenkasse abhängen, werden sie ohne weiteres den Arbeitern ungenügend stellen. Dagegen kann dann auch ein anderer Arzt etwas machen. Ein Teil der Berufsvereinigungen umgeht, wie wir in einem Spezialfalle bekannt geworden ist, die Bestimmungen des Gesetzes; sie erklären nämlich, sie seien nicht verpflichtet, ein Gutachten von anderen als den Vertrauensärzten entgegenzunehmen; das Schiedsgericht schloß sich dem an und erklärte sogar, dies sei die Pflicht aller Berufsvereinigungen in Deutschland. Allerdings wurde dem Reichsversicherungsamt ein anderer Standpunkt eingenommen, aber der entgegengesetzte Standpunkt nicht ausdrücklich zurückgewiesen. Die Verletzung hat ihre große Schwierigkeit darin, daß es uns an wirtschaftlich unabhängigen Ärzten fehlt. Bei den Wahlen von Arbeiterberufsgenossenschaften der Vorstand der Berufsvereinigungen in mehreren Fällen herausgenommen, dem Ausschusse eine bestimmte Liste von Arbeitern zur Wahl zu stellen; dies Verfahren ist aber durchaus unzulässig. Der Grund zu allen Beschwerden über die Verwaltung der Berufsvereinigungen, von denen ich nur wenige herausgriff, liegt darin, daß die Arbeiter nicht genügend zu diesen Organisationen zugezogen werden.

Stadthagen fordert den achtsündigen Arbeitstag; ich bin überzeugt, wenn er eingeführt wird, ist Hr. Stadthagen der erste, der den sechs- und siebenstündigen Arbeitstag fordert. Hr. Stadthagen hat ferner erklärt, daß die Löhne der Berufsvereinigungen sehr gering wären. Er hat seinen Angaben die Statistik von 1886 bis 1900 zu Grunde gelegt, er hätte uns lieber sagen sollen, wie hoch die Löhne jetzt sind und in den nächsten Jahren sein werden. Hr. Stadthagen selbst sprach davon, daß die Angehörigen der Arbeiter an vielen Unfällen schuld sei. Wenn wir aber Beschränkungen einführen wollen, wie die Beschränkungen sind, die Herren nicht zu haben. Ein Hauptgrund für die Steigerung der Unfallschäden ist, daß die Angehörigen der Arbeiter, was man früher überhaupt nicht beachtet hat. Ich wünsche, daß die Unfallversicherung möglichst wohlwollend ausgelegt wird. (Beifall.)

Abg. Hübner (N.): Die Unfallversicherungsgesetze machen wir vor allen Dingen die Vorwärtse, daß nach seinen Vorschriften die erlittenen Schäden viel geringere Beseitigung erfahren, als er ihnen sonst; das ist eine durch nichts gerechtfertigte Schiedsstellung der Arbeiter. Von Einzelheiten will ich mich besonders gegen die durchaus ungenügenden Unfallversicherungsvorschriften im Bauwesen wenden; zur Abhilfe in dringender Weise, daß beim Falle solcher Vorschriften Arbeiter mit herangezogen werden. Ist die nach unserer vorläufigen Interpellation zugelegte Untersuchung über das Verbleiben der Unfallverletzten und ihre Ursachen jetzt abgeschlossen? Bezüglich der Unfallverletzten und Unfällen gebe ich dem Hrn. Staatssekretär zu, daß sein Bemühen dahin geht, daß die Verletzten unabhängige Ärzte zuziehen, wo es sich um die Rentenfrage handelt, aber so lange es Ärzte gibt, die von der Krankenkasse abhängen, werden sie ohne weiteres den Arbeitern ungenügend stellen. Dagegen kann dann auch ein anderer Arzt etwas machen. Ein Teil der Berufsvereinigungen umgeht, wie wir in einem Spezialfalle bekannt geworden ist, die Bestimmungen des Gesetzes; sie erklären nämlich, sie seien nicht verpflichtet, ein Gutachten von anderen als den Vertrauensärzten entgegenzunehmen; das Schiedsgericht schloß sich dem an und erklärte sogar, dies sei die Pflicht aller Berufsvereinigungen in Deutschland. Allerdings wurde dem Reichsversicherungsamt ein anderer Standpunkt eingenommen, aber der entgegengesetzte Standpunkt nicht ausdrücklich zurückgewiesen. Die Verletzung hat ihre große Schwierigkeit darin, daß es uns an wirtschaftlich unabhängigen Ärzten fehlt. Bei den Wahlen von Arbeiterberufsgenossenschaften der Vorstand der Berufsvereinigungen in mehreren Fällen herausgenommen, dem Ausschusse eine bestimmte Liste von Arbeitern zur Wahl zu stellen; dies Verfahren ist aber durchaus unzulässig. Der Grund zu allen Beschwerden über die Verwaltung der Berufsvereinigungen, von denen ich nur wenige herausgriff, liegt darin, daß die Arbeiter nicht genügend zu diesen Organisationen zugezogen werden.

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner: Ich meine, daß die Angriffe des Abg. Hübner gegen die Entlastung des Reichsversicherungsamtes über die Verwaltung der Berufsvereinigungen hinsichtlich sind. Diese Organisationen sind so umfangreich, daß sie einer Staatsaufsicht bedürfen, schon im Interesse der einheitlichen Verwaltung. Die Kassen- und Geldverwaltungsarbeiten der Berufsvereinigungen müssen bürokratisch geregelt sein. Die zweifelhafte Annahme der Unfälle im landwirtschaftlichen Gewerbe liegt nicht an der Zunahme der Gefährlichkeit der Betriebe, sondern daran, daß jeder Unfall jetzt, wo die Bestimmungen in immer weitere Kreise dringen, viel sorgfältiger festgehalten wird. Der schärfste Beweis dafür liegt darin, daß Tausende von Unfällen jetzt angemeldet werden, die vor Jahren vorliefen, als den Verletzten ihr Rentenanspruch noch nicht bekannt war. Mit außerordentlichen Leistungen müssen die Kassen freilich dann um so vorsichtiger sein. Die Einkommensformen von Vorständen von Berufsvereinigungen müssen nach den Gehältern der gleichwertigen Kommunalbeamten bemessen werden. Die vom Abg. Hübner erwähnte Verbindung von Unfällen in Betriebsunfällen, was ja die Betriebsräte gelehrt, ist zuerst Sache Preussens, die anderen Bundesstaaten sind an dieser Sache weniger beteiligt; Preußen hat schon solche Unfallverletzten-Vorschriften ausgearbeitet, aber sie sind von technischer Seite bemängelt worden. Die Abweisung der Renten durch Kapitalbindung liegt nicht im Interesse der Verletzten, es ist höchst bedenklich, daß die Leute eine für sie bedeutende Menge Geld in die Hand bekommen; das geben sie aus und haben dann nichts. Ich lege den Wunsch, daß das Recht der Arbeiter, Privatärzte zur Abklärung der erlittenen Schäden zuzuziehen, in möglichst großem Umfange ausgeübt werde. In der Tat werden noch einer vom Reichsversicherungsamt mir zugegangenen Mitteilung immer die wichtigsten Ärzte zugezogen, durchaus nicht immer Vertrauensärzte der Kassen.

Abg. Hübner (N.): Hr. Stadthagen bezeichnet die Unfallschäden als unheimlich. Demgegenüber muß ich feststellen, daß die Statistik mit größter Unparteilichkeit ausgeführt worden ist. Das Vorgehen des Hrn. Dr. Blasius beweist ich auch aus schärfster. Die Höhe erreichte die Rede des Hrn. Stadthagen in der Behauptung: Die Unfälle müssen wachsen, weil bei jedem Unfall die Berufsvereinigungen einen Vorteil hat. Damit ist gesagt, daß die Unternehmern das Fährgeheim, um die Zahl der Unfälle zu steigern. Wir fehlt die parlamentarische Bezeichnung für solche Verneinerungen. Hr.

Stadthagen fordert den achtsündigen Arbeitstag; ich bin überzeugt, wenn er eingeführt wird, ist Hr. Stadthagen der erste, der den sechs- und siebenstündigen Arbeitstag fordert. Hr. Stadthagen hat ferner erklärt, daß die Löhne der Berufsvereinigungen sehr gering wären. Er hat seinen Angaben die Statistik von 1886 bis 1900 zu Grunde gelegt, er hätte uns lieber sagen sollen, wie hoch die Löhne jetzt sind und in den nächsten Jahren sein werden. Hr. Stadthagen selbst sprach davon, daß die Angehörigen der Arbeiter an vielen Unfällen schuld sei. Wenn wir aber Beschränkungen einführen wollen, wie die Beschränkungen sind, die Herren nicht zu haben. Ein Hauptgrund für die Steigerung der Unfallschäden ist, daß die Angehörigen der Arbeiter, was man früher überhaupt nicht beachtet hat. Ich wünsche, daß die Unfallversicherung möglichst wohlwollend ausgelegt wird. (Beifall.)

Abg. Hübner (N.): Die Unfallversicherungsgesetze machen wir vor allen Dingen die Vorwärtse, daß nach seinen Vorschriften die erlittenen Schäden viel geringere Beseitigung erfahren, als er ihnen sonst; das ist eine durch nichts gerechtfertigte Schiedsstellung der Arbeiter. Von Einzelheiten will ich mich besonders gegen die durchaus ungenügenden Unfallversicherungsvorschriften im Bauwesen wenden; zur Abhilfe in dringender Weise, daß beim Falle solcher Vorschriften Arbeiter mit herangezogen werden. Ist die nach unserer vorläufigen Interpellation zugelegte Untersuchung über das Verbleiben der Unfallverletzten und ihre Ursachen jetzt abgeschlossen? Bezüglich der Unfallverletzten und Unfällen gebe ich dem Hrn. Staatssekretär zu, daß sein Bemühen dahin geht, daß die Verletzten unabhängige Ärzte zuziehen, wo es sich um die Rentenfrage handelt, aber so lange es Ärzte gibt, die von der Krankenkasse abhängen, werden sie ohne weiteres den Arbeitern ungenügend stellen. Dagegen kann dann auch ein anderer Arzt etwas machen. Ein Teil der Berufsvereinigungen umgeht, wie wir in einem Spezialfalle bekannt geworden ist, die Bestimmungen des Gesetzes; sie erklären nämlich, sie seien nicht verpflichtet, ein Gutachten von anderen als den Vertrauensärzten entgegenzunehmen; das Schiedsgericht schloß sich dem an und erklärte sogar, dies sei die Pflicht aller Berufsvereinigungen in Deutschland. Allerdings wurde dem Reichsversicherungsamt ein anderer Standpunkt eingenommen, aber der entgegengesetzte Standpunkt nicht ausdrücklich zurückgewiesen. Die Verletzung hat ihre große Schwierigkeit darin, daß es uns an wirtschaftlich unabhängigen Ärzten fehlt. Bei den Wahlen von Arbeiterberufsgenossenschaften der Vorstand der Berufsvereinigungen in mehreren Fällen herausgenommen, dem Ausschusse eine bestimmte Liste von Arbeitern zur Wahl zu stellen; dies Verfahren ist aber durchaus unzulässig. Der Grund zu allen Beschwerden über die Verwaltung der Berufsvereinigungen, von denen ich nur wenige herausgriff, liegt darin, daß die Arbeiter nicht genügend zu diesen Organisationen zugezogen werden.

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner: Ich meine, daß die Angriffe des Abg. Hübner gegen die Entlastung des Reichsversicherungsamtes über die Verwaltung der Berufsvereinigungen hinsichtlich sind. Diese Organisationen sind so umfangreich, daß sie einer Staatsaufsicht bedürfen, schon im Interesse der einheitlichen Verwaltung. Die Kassen- und Geldverwaltungsarbeiten der Berufsvereinigungen müssen bürokratisch geregelt sein. Die zweifelhafte Annahme der Unfälle im landwirtschaftlichen Gewerbe liegt nicht an der Zunahme der Gefährlichkeit der Betriebe, sondern daran, daß jeder Unfall jetzt, wo die Bestimmungen in immer weitere Kreise dringen, viel sorgfältiger festgehalten wird. Der schärfste Beweis dafür liegt darin, daß Tausende von Unfällen jetzt angemeldet werden, die vor Jahren vorliefen, als den Verletzten ihr Rentenanspruch noch nicht bekannt war. Mit außerordentlichen Leistungen müssen die Kassen freilich dann um so vorsichtiger sein. Die Einkommensformen von Vorständen von Berufsvereinigungen müssen nach den Gehältern der gleichwertigen Kommunalbeamten bemessen werden. Die vom Abg. Hübner erwähnte Verbindung von Unfällen in Betriebsunfällen, was ja die Betriebsräte gelehrt, ist zuerst Sache Preussens, die anderen Bundesstaaten sind an dieser Sache weniger beteiligt; Preußen hat schon solche Unfallverletzten-Vorschriften ausgearbeitet, aber sie sind von technischer Seite bemängelt worden. Die Abweisung der Renten durch Kapitalbindung liegt nicht im Interesse der Verletzten, es ist höchst bedenklich, daß die Leute eine für sie bedeutende Menge Geld in die Hand bekommen; das geben sie aus und haben dann nichts. Ich lege den Wunsch, daß das Recht der Arbeiter, Privatärzte zur Abklärung der erlittenen Schäden zuzuziehen, in möglichst großem Umfange ausgeübt werde. In der Tat werden noch einer vom Reichsversicherungsamt mir zugegangenen Mitteilung immer die wichtigsten Ärzte zugezogen, durchaus nicht immer Vertrauensärzte der Kassen.

Abg. Hübner (N.): Hr. Stadthagen bezeichnet die Unfallschäden als unheimlich. Demgegenüber muß ich feststellen, daß die Statistik mit größter Unparteilichkeit ausgeführt worden ist. Das Vorgehen des Hrn. Dr. Blasius beweist ich auch aus schärfster. Die Höhe erreichte die Rede des Hrn. Stadthagen in der Behauptung: Die Unfälle müssen wachsen, weil bei jedem Unfall die Berufsvereinigungen einen Vorteil hat. Damit ist gesagt, daß die Unternehmern das Fährgeheim, um die Zahl der Unfälle zu steigern. Wir fehlt die parlamentarische Bezeichnung für solche Verneinerungen. Hr.

Stadthagen fordert den achtsündigen Arbeitstag; ich bin überzeugt, wenn er eingeführt wird, ist Hr. Stadthagen der erste, der den sechs- und siebenstündigen Arbeitstag fordert. Hr. Stadthagen hat ferner erklärt, daß die Löhne der Berufsvereinigungen sehr gering wären. Er hat seinen Angaben die Statistik von 1886 bis 1900 zu Grunde gelegt, er hätte uns lieber sagen sollen, wie hoch die Löhne jetzt sind und in den nächsten Jahren sein werden. Hr. Stadthagen selbst sprach davon, daß die Angehörigen der Arbeiter an vielen Unfällen schuld sei. Wenn wir aber Beschränkungen einführen wollen, wie die Beschränkungen sind, die Herren nicht zu haben. Ein Hauptgrund für die Steigerung der Unfallschäden ist, daß die Angehörigen der Arbeiter, was man früher überhaupt nicht beachtet hat. Ich wünsche, daß die Unfallversicherung möglichst wohlwollend ausgelegt wird. (Beifall.)

Abg. Hübner (N.): Die Unfallversicherungsgesetze machen wir vor allen Dingen die Vorwärtse, daß nach seinen Vorschriften die erlittenen Schäden viel geringere Beseitigung erfahren, als er ihnen sonst; das ist eine durch nichts gerechtfertigte Schiedsstellung der Arbeiter. Von Einzelheiten will ich mich besonders gegen die durchaus ungenügenden Unfallversicherungsvorschriften im Bauwesen wenden; zur Abhilfe in dringender Weise, daß beim Falle solcher Vorschriften Arbeiter mit herangezogen werden. Ist die nach unserer vorläufigen Interpellation zugelegte Untersuchung über das Verbleiben der Unfallverletzten und ihre Ursachen jetzt abgeschlossen? Bezüglich der Unfallverletzten und Unfällen gebe ich dem Hrn. Staatssekretär zu, daß sein Bemühen dahin geht, daß die Verletzten unabhängige Ärzte zuziehen, wo es sich um die Rentenfrage handelt, aber so lange es Ärzte gibt, die von der Krankenkasse abhängen, werden sie ohne weiteres den Arbeitern ungenügend stellen. Dagegen kann dann auch ein anderer Arzt etwas machen. Ein Teil der Berufsvereinigungen umgeht, wie wir in einem Spezialfalle bekannt geworden ist, die Bestimmungen des Gesetzes; sie erklären nämlich, sie seien nicht verpflichtet, ein Gutachten von anderen als den Vertrauensärzten entgegenzunehmen; das Schiedsgericht schloß sich dem an und erklärte sogar, dies sei die Pflicht aller Berufsvereinigungen in Deutschland. Allerdings wurde dem Reichsversicherungsamt ein anderer Standpunkt eingenommen, aber der entgegengesetzte Standpunkt nicht ausdrücklich zurückgewiesen. Die Verletzung hat ihre große Schwierigkeit darin, daß es uns an wirtschaftlich unabhängigen Ärzten fehlt. Bei den Wahlen von Arbeiterberufsgenossenschaften der Vorstand der Berufsvereinigungen in mehreren Fällen herausgenommen, dem Ausschusse eine bestimmte Liste von Arbeitern zur Wahl zu stellen; dies Verfahren ist aber durchaus unzulässig. Der Grund zu allen Beschwerden über die Verwaltung der Berufsvereinigungen, von denen ich nur wenige herausgriff, liegt darin, daß die Arbeiter nicht genügend zu diesen Organisationen zugezogen werden.

Abg. Franke (N.): Es macht die größte Mühe, die Arbeiter daran zu gewöhnen, daß sie die Schutzbestimmungen auch wirklich befolgen, das ist das Wichtigste, um die Unfälle zu verhüten. Was die Arbeitgeber alles daran werden, um die Arbeiter zu entschuldigen, auch über ihre Pflicht hinaus, davon schweigt des Sängers Höflichkeit! Wir sind nicht bereit, für unsere Arbeiter ein warmes Herz zu haben, wir stehen zu ihnen ganz anders, als Abg. Stadthagen es darstellt. Abg. Stadthagen (Soz., mit Unruhe empfangen): Keiner der Redner hat von meinen Ausführungen auch nur ein Teil mitgebracht. Im Falle Fehlich hat der Abg. Hertel die Hauptfrage übergegangen. Daß er eine schlaue Wacht bei dem Nachdenken über meine Rede zugebracht, glaube ich ihm gern. Seine Reden scheinen noch immer nicht in Ordnung zu sein. Wenn ich 13 Fälle anführe, von denen 12 befähigt werden, so kann man mir nicht bezüglich des einen Falles Verleumdung vorwerfen. Ich kann es nur noch einmal sagen, daß die Vertrauensärzte der Berufsvereinigungen nur dazu da sind, um die Renten herabzubringen. Wenn sich wirklich ein Arzt findet, der auch den Arbeitern ihr Recht aufkommen lassen will, so liegt er bald aus der Berufsvereinigungen heraus. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Dr. Hertel und Hübner Desjan wurde der Titel bewilligt. Beim Titel „Remuneration von richterlichen Beamten des Reichsversicherungsamtes“ hat Abg. Dr. Stodmann (Soz.), die Remunerationen auf 1500 M. zu erhöhen. Es sei nicht angebracht, daß die richterlichen Beamten geringere Entschädigungen bekommen als die nicht-richterlichen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes. Er bedaure ferner, daß die Remunerationen nicht pensionsfähig seien. Direktor im Reichsversicherungsamt Geh. Rat Tzsch: Der Hr. Staatssekretär hat versucht, die Wünsche des Vorredners in die jetzigen Entschädigungen zu erfüllen. Die Verantwortung dafür, daß das nicht gelungen ist, trägt die Finanzverwaltung. Wir können nicht anerkennen, daß die Tätigkeit der richterlichen Beamten dieselbe ist wie die der nicht-richterlichen Mitglieder. Eine Reihe weiterer Titel wurde ohne Erörterung bewilligt. Darauf verlas sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Etat des Reichsamts des Innern und Etat der Marineverwaltung.) Schluß 6 Uhr.

* Die Budgetkommission des Reichstags widmete gestern den größten Teil ihrer Verhandlungen dem Neubau für das Militärkabinett und den damit in Verbindung stehenden Fragen. Der preussische Kriegsminister vertrat auf entscheidende den Standpunkt der Entwürfe. Zum Militärkabinett äußerte der Minister, es bestünde nun doch einmal, und es sei durchaus nicht richtig gewesen, den dritten Abteilungspräsidenten zu freiden. Wenn man auch den Neubau nicht bewilligt, so würde dies an den Machtverhältnissen nichts ändern, sondern nur Personalverhältnisse hervorgerufen, indem das nötige Personal, namentlich das nötige Personal, nicht zur Verfügung stünde. Das Ergebnis der zweifelhafte Verwaltung war, daß die Kommission auf ihrem ablehnenden Standpunkt gegen alle Entwürfe des Militärkabinetts verharrte. Gestrichen wurde ferner Titel 26, das Befehlshaberamt des Gardekorps in Berlin 167 552 M. Außerdem erfolgte eine Reihe kleinerer Abträge. Der Beschluß zu Titel 49, Erhaltungskonten in Posen, wurde angelehrt.

* Die Postkommission des Reichstags setzte gestern die Beratung des § 9 Ziffer 1 Absatz 1 bis 3 (Einfuhrzölle, Zollrechte, gemischte Transfitalager) fort, wobei die bereits erwähnten Abträge erörtert wurden. Die Abg. Dr. Heim und Müller-Fulda haben gegebenenfalls im Absatz 3 (Ebenso wie bereits Dr. Frhr. v. Seyl und Gothein) neu beantragt, daß der in der

